

neuer Webauftritt  
www.CBGnetwork.org

Nr. 2/2005 23. Jahrgang

# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern

Innovativen. Zukun  
An die  
Aktionäre und  
Aktionärinnen  
von BAYER:  
Stimmen Sie für  
soziale Rechte,  
Umweltschutz,  
Moral und Ethik

Stimmen Sie m  
**NEIN**

Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte!  
Sie finden uns vom Saal aus gesehen vorne links vor dem Podium  
www.CBGnetwork.org  
Coordination gegen BAYER-Gefahren

TITEL:

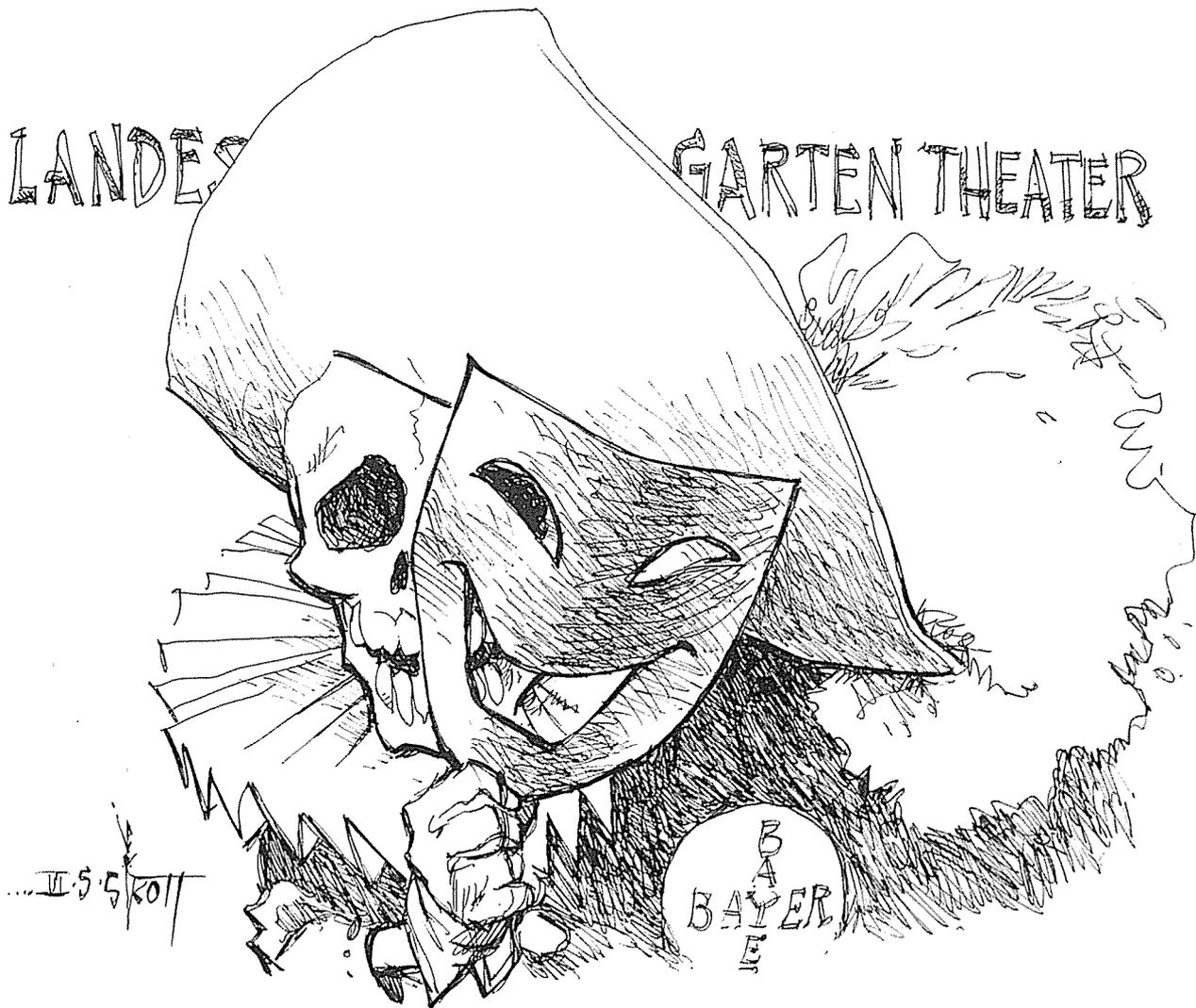
**Viele Stimmen gegen BAYER  
Erfolge auf der Hauptversammlung**

WEITERE THEMEN:

- Die Giftmüll-Gartenschau
- Die Kampagne gegen Kinderarbeit
- Der BAYER-Nachhaltigkeitsbericht
- Die IG-FARBEN und die NSDAP

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.





Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

- 4 **Die BAYER-Hauptversammlung**  
Viele Stimmen gegen den Vorstand
- 10 **Gartenkunst am Giftmüll**  
Bäume, Blumen, BAYER-Gefahrstoffe
- 14 **Kinderarbeit auf Saatgut-Feldern**  
Kampagne mit ersten Erfolgen
- 18 **Der neue BAYER-Nachhaltigkeitsbericht**  
Nachhaltig unökologisch
- 21 **Anti-Werbung**
- 22 **Chemie macht krank**  
MCS-Opfer klagen an
- 22 **Normalfall Störfall**  
Addystons Unfälle-Bilanz
- 26 **Die Hitler-Macher**  
Wie die IG-FARBEN die NSDAP unterstützten
- 30 **Eine sichere Bank für Hitler**  
IG-FARBEN, das Finanzkapital & die NSDAP
- 31 **Die GCBG-Erklärung von 1995**  
Kapitalismus und Faschismus

Rubriken

- 5 **Echo**
- 7 **O-Ton BAYER**
- 30 **Promis gegen Profite**
- 32 **Au weia, BAYER,**  
**CBG bei der Arbeit**

## Liebe Leserinnen und Leser,



Daniela Rosche ist Policy Coordinator bei WOMEN IN EUROPE FÜR A COMMON FUTURE (WECF)

gegenwärtig stehen das europäische Parlament und der Ministerrat der EU vor einer wichtigen Aufgabe: der Reform der europäischen Chemikalienpolitik. Denn der von der Europäischen Kommission im Herbst 2003 vorgestellte Gesetzesentwurf, REACH genannt, ist unter dem massiven Druck einer starken und uneinsichtigen Chemielobby in Brüssel so unter Beschuss geraten, dass von den ursprünglichen Ideen der Kommission nur wenige gute übrig geblieben sind.

REACH steht für Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe. Der Gesetzesvorschlag will rund 30.000 Chemikalien auf dem europäischen Markt systematisch durchleuchten. Unserer Meinung nach bietet dieses längst überfällige Vorhaben die einmalige - once in a generation - Möglichkeit, die Versäumnisse der heutigen Chemikalienpolitik zu korrigieren. So wie die meisten Menschen haben auch wir angenommen, dass Chemikalien, die sich in banalen Alltagsprodukten wie Nuckelflaschen, Haarshampoos, Duschvorhängen und Kinderschlafanzügen befinden, in Europa einem Mindestmaß an Kontrolle unterliegen. Denn Autos müssen auch erst Sicherheitstests bestehen und Lebensmittel auf ihre Qualität beurteilt werden, bevor sie verkauft werden können. Leider ist dies bei Chemikalien nicht der Fall. Über viele von ihnen fehlen jegliche Gesundheits-, Umwelt- und Verbrau-

cherinformationen. REACH wird dies ändern.

Frauen in ganz Europa sind für ein starkes REACH, das ihre Gesundheit und die der heranwachsenden Generationen schützt. Diese klare Botschaft haben wir an unsere Abgeordneten im Europaparlament und auch an die Europäische Kommission weitergegeben. Nicht nur, weil unsere Gesundheit auf dem Spiel steht, sondern auch, weil REACH uns als Verbraucherinnen endlich Klarheit und Sicherheit bieten wird.

Obwohl alle Beteiligten darin übereinstimmen, dass es mit der heutigen Chemikalienpolitik so nicht weiter gehen kann, ist dieser Gesetzesvorschlag unter enormen Druck von großen Chemieproduzenten wie BAYER, BASF und ihren Vertretern im Verband der deutschen Chemischen Industrie, VCI, und dem europäischen Dachverband der Chemischen Industrie, CEFIC, abgeschwächt worden. Und die Interessenvertreter der Industrie sind weiterhin intensiv damit beschäftigt, ein schwaches und damit sinnloses REACH zu bewerkstelligen. Dies ist nicht nur zum Nachteil von Frauen und Kindern, sondern auch zu ihrem eigenen Nachteil. Ihnen nützt ein kompliziertes Regelwerk mit Ausnahmen und Sonderregelungen nichts, denn es bringt nur weitere Ineffizienz, Kosten und somit Wettbewerbsnachteile mit sich. Muss REACH denn so aussehen wie das deutsche Steuersystem?

Bis zum Oktober, wenn die erste Lesung des Gesetztextes im Parlament ansteht, haben die Abgeordneten noch Zeit, um sich festzulegen, auf welcher Seite sie stehen. Sind sie für Gerechtigkeit unter den Generationen und ArbeitnehmerInnen sowie innerhalb der AnwenderInnen- und VerbraucherInnenketten von chemischen Produkten? Oder wollen sie weiterhin der emotionalen, übertriebenen Rhetorik von BAYER & Co. vertrauen, obwohl deren Produkte Teil des Problems sind?

Vielleicht erfordert eine solche Entscheidung von manchem Abgeordneten im Europaparlament ein wenig mehr Nerv als normal nötig, aber die Dinge mit REACH liegen tatsächlich so einfach. Wenn die Chance für einen progressiven und effizienten Umgang mit Chemikalien, der das Vorsorgeprinzip umsetzt und den Ersatz der gefährlichsten Stoffe durch sicherere Alternativen beinhaltet, wieder verpasst wird, hat dies einen nachhaltigen Effekt auf die Gesundheit von Menschen und die Umwelt in Europa. Es ist eine Frage des Gewissens und der Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen. Weil wir immer giftiger werden, ist es höchste Zeit, dem weltweiten Experiment im Umgang mit Chemikalien ein Ende zu setzen.

*Daniela Rosche*

## KritikerInnen-Erfolge auf BAYER-Hauptversammlung

# Das Misstrauensvotum



Der Leverkusener Multi hat im Jahr 2004 wieder einmal prächtige Geschäfte gemacht. BAYER-Chef Werner Wenning und seine Vorstandsriege belohnten sich dafür mit einer kräftigen Aufstockung der Bezüge. Der Aufsichtsrat folgte dem schlechten Beispiel und legte der AktionärInnen-Versammlung einen Antrag auf eine 50-prozentige Lohnerhöhung vor. Auf wessen Kosten der Konzern und seine Manager sich bereicherten, berichteten VertreterInnen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und zahlreicher anderer Initiativen in ihren Gegenreden. Arbeitsplatzvernichtung, Kinderarbeit, Umweltzerstörung, Nichtentschädigung von KZ-Opfern, Missachtung des VerbraucherInnenschutzes - aus diesen Kapiteln des „Schwarzbuch BAYER“ lasen sie den Bossen die Leviten. Mit Erfolg: BesitzerInnen von 26 Millionen BAYER-Aktien verweigerten ihre Zustimmung zur Anhebung der Aufsichtsratsbezüge.

Von Udo Hörster (Fotos, auch Titel: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com))

Stolz präsentierte BAYER-Chef Werner Wenning in seiner Eröffnungsrede zur Hauptversammlung die Konzern-Bilanz. Um vier Prozent auf 30 Milliarden stieg der Umsatz; der Gewinn legte sogar um mehr als 50 Prozent auf über zwei Milliarden zu. Grund genug für den Großen Vorsitzenden, sich sein Salär auf 2,36 Millionen zu verdoppeln und seine drei Vorstandskollegen mit insgesamt zwei Millionen zusätzlich zu bedenken. Da mochte auch der Aufsichtsrat nicht zurückstehen.

Er wollte sich von den AktionärInnen eine Erhöhung des Jahresfixums von 40.000 auf 60.000 Euro bewilligen lassen. Die erfolgsabhängigen Prämien mitgerechnet, hätten sie dann per anno ca. 90.000 Euro eingestrichen. Dem Rest der Belegschaft kam der Geldsegen nicht zugute. Im Gegenteil: Drastische Einsparmaßnahmen auf ihrem Rücken sorgten erst für den exorbitanten Profit. „Unsere Kostenoptimierung betraf natürlich auch die Personalaufwendungen: Wir konnten diese seit

2002 um fast zwei Milliarden reduzieren“, vermeldete Wenning in schamloser Offenheit. Von der Debatte um das rücksichtslose Gebaren der Global Player zeigte er sich trotzdem überrascht. Er wandte sich dagegen, „mit populistischen Vorwürfen und dem Aufwärmen überkommener Klassenkampf-Theorien einen Streit zu entfachen“. Lieber brach er selber eine Fehde mit Rot-Grün vom Zaun. „Hierzulande werden aber Zukunftstechnologien und potenzielle Arbeitsplatzschmieden wie die



Biotechnologie nicht gefördert, sondern durch Gesetze und Bürokratie behindert. Denken Sie nur an das Stammzellgesetz oder das Gentechnikgesetz!", tönte der Vorstandsvorsitzende.

Andrea Will (DKP) sah sich gezwungen, ihm in Sachen „Kapitalismus-Kritik“ Nachhilfe-Unterricht zu erteilen. Sie kritisierte die massive Arbeitsplatzvernichtung und demonstrierte anhand einer neuen Umfrage, wie wenig überkommen eine Auseinandersetzung mit der Profitgier von Big Business ist. Angesichts eines trotz hoher Gewinne unverdrossen fortgeführten Arbeitsplatzabbaus meinten 95 Prozent der Befragten, die Unternehmen müssten eine stärkere soziale Verantwortung zeigen. Aber Werner Wenning gab sich begriffsstützig und blieb lieber Angehöriger einer kleinen radikalen Minderheit. „Für mich ist die gegenwärtige Diskussion schwer verständlich“, so der Unbelehrbare. Umso besser verstand er sich darauf, den wiederum immer mehr Menschen immer unverständlicher erscheinenden Sermon vom Segen der Angebotspolitik herunterzubeten. Wir „müssen Rahmen setzen, die für die Investoren attraktiv sind“, forderte er, dann würden „auch alle profitieren“.

Alle würden profitieren, das hatte der BAYER-Mann auf der außerordentlichen Hauptversammlung im vergangenen Herbst, welche die Abspaltung der Chemie-Sparte besiegelte, auch zu dem neu gegründeten Unternehmen LANXESS wechselnden Ex-BayeranerInnen versi-

chert. In Köln war davon nicht mehr die Rede. Unverhohlen verkündete er seinen ShareholderInnen, welche große Deinvestitionsdividende sie eingestrichen haben: „Und auch die Börse hat die Umstrukturierung des Konzerns honoriert. Während der DAX seit Ankündigung unserer strategischen Neuausrichtung im November um 13 Prozent stieg, konnte der Kurs der BAYER-Aktie im gleichen Zeitraum um 26 Prozent zulegen“. Entsprechend schlecht stehen die Aktien für LANXESS und die Beschäftigten. Erst im April hatte Unternehmenschef Axel Heitmann wieder die Schließung von zwei Standorten und die Streichung von 1.200 Stellen bekannt gegeben.

CBG-Vorstand Axel Köhler-Schnura hatte diese Entwicklung schon auf der erwähnten Lanxess-HV im November vorhergesehen. Deshalb warf er Wenning vor, ein doppeltes Spiel gespielt zu haben. „Weshalb erfahren wir die Tatsachen erst nach der HV? Weshalb täuschen Sie?, fragte Köhler-Schnura. Angesichts dieses verantwortungslosen Umgangs mit dem Schicksal der Beschäftigten stellte der CBGler klar: „Es ist nicht Rot-Grün, das Arbeitsplätze vernichtet. Es sind Sie. Nicht Rot-Grün betreibt Klassenkampf, es sind Sie, der Klassenkampf von oben betreibt“.

Darauf fiel dem BAYER-Boss keine Antwort ein. Er flüchtete in antikommunistische Polemik und stöhnte: „Seit mehr als 25 Jahren sind sie uns mit ihrer Agitation schon treu“. Er recycelte in seiner Hilflosigkeit sogar einen Satz, den ihm seine fleißigen SouffleurlInnen hinter der Bühne schon im letzten Jahr ins Ohr geflüstert hatten: „Uns trennen Welten - besonders in der Weltanschauung“.

### Die unheilvolle Tradition

Wie weit die unheilvolle Tradition menschenverachtender Profitjagd bei BAYER zurückreicht, das bezeugte in Köln Eugen Muszynski mit seiner eigenen Leidensgeschichte. Zu Beginn seiner Rede deutete der Vorsitzende des VERBANDES DER IM KINDESALTER INHAFTIERTEN FRÜHEREN HÄFTLINGE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN KONZENTRATIONSLAGER auf das hinter der Bühne prangende BAYER-Zeichen und erklärte: „Vor 62 Jahren habe ich zum ersten Mal dieses Logo gesehen“. Es befand sich auf dem Typhus-Präparat B-1034, das MedizinerInnen im Auftrag des Leverkusener Pharma-Riesen an den Inhaftierten ausprobierten, nachdem sie ihre Opfer mit dem entsprechenden

## Echo

R. B., USA: Ich bin so froh, dass es euch gibt. Allen, die ich getroffen habe, habe ich von der CBG erzählt, und die Leute sind wirklich beeindruckt.

Frau M., Friesenheim (über CBG-Informationen zu gekauften PolitikerInnen): Vielen Dank für die aufschlussreiche Nachricht - wie auch für alle vorangegangenen und folgenden. Heute nehme ich mir die Zeit zur Antwort. Es ist schlimm, dass derartige Abhängigkeiten der „Volks“vertreter nicht besser unterbunden werden können. Um so froher bin ich, Ihre Arbeit zu unterstützen.

N. N., USA: Ich schätze all die Infos und Kommentare, die ich von euch bekomme, sehr. Auch wenn ich nicht immer direkt antworte, seid versichert, dass euer Input willkommen ist und dass ich Gebrauch von ihm mache. Ich danke euch für die Hilfe zur Bekämpfung der New World Order.

M. K., Holland (WOMEN IN EUROPE FOR A COMMON FUTURE): Eure Sammlung von Gegenanträgen und Argumenten ist sehr beeindruckend, und die Idee, sie auf der Hauptversammlung zu präsentieren, ist excellent. Wir wünschen euch Erfolg dabei und unterstützen euch. Es ist eine schockierende Zusammenstellung von sozialem und ökologischem Mismanagement.

N. N., USA (Angehöriger eines Bluters, der durch ein HIV-infiziertes Blutprodukt von BAYER starb) an den CBG-Geschäftsführer: Hier nur ein paar Zeilen, um dich und deine Leute wissen zu lassen, dass ich froh bin, auf eure Website gestoßen zu sein. Dank für all die Jahre des Engagements gegen die BAYER-Politik. Leute wie ihr werdet einmal der Gerechtigkeit zum Sieg verhelfen.

Krankheitserreger infiziert hatten. Zwei Spritzen erhielt der damals 7-Jährige, eine dritte hätte er nach eigenem Bekunden nicht überlebt. Noch jetzt leidet Eugen Muszynski an den Spätfolgen der KZ-Zeit und ist zu 100 Prozent schwerbehindert. Und während seine Peiniger ihre Karrieren in der Nachkriegszeit zumeist rasch fortsetzen konnten, muss er von 600 →

Euro Rente leben. Da halfen ihm die vom Entschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft für sein dreijähriges Martyrium in Auschwitz zugesprochenen 7.500 Euro nicht viel weiter - als blanken Hohn bezeichnet Muszynski diese Summe. Deshalb erkundigte er sich auch im Namen seiner Leidensgenossen, die sich oft in einer ähnlich prekären sozialen Lage befinden: „Was können wir als Opfer erwarten vom Konzern?“. Diese Frage hatte er dem Unternehmen bereits mehrfach in Briefform gestellt und bekam darauf in Köln ebenso wenig eine befriedigende Antwort wie früher.

Weil sich das Grauen der Konzentrationslager nur schwer in Worte fassen lässt, hielt Eugen Muszynski zum Schluss schweigend ein Foto hoch, das vier bis auf die Knochen abgemagerte KZ-Insassen zeigte. Beklommene Stille breitete sich unter den mehr als 4.000 AktionärInnen aus. Ein Fall für die Saal-Regie. Zunächst fuhren die Kameras, welche die RednerInnen filmten und sie im Großformat auf den beiden links und rechts des Podiums angebrachten Videoleinwänden zeigten, noch auf Muszynski zu, um das Foto größer ins Bild zu bekommen. Als den TechnikerInnen aber gewahrt wurde, was sich ihnen da vor der Linse an Grauen präsentierte, spielten sie sofort unverfänglichere Aufnahmen ein. Trotzdem dauerte es eine ganze Weile, ehe der Versammlungsleiter Manfred Schneider es wagte, wieder zur Tagesordnung überzugehen. Auch Werner Wenning sah sich später in seiner Antwort auf den Beitrag zunächst gezwungen, zu einem anderen Ton als dem zu greifen, mit dem er sonst die Konzern-KritikerInnen abzufertigen pflegte. „Erlauben Sie mir ein paar persönliche Bemerkungen“, hob er an, „Ich bedauere ihr persönliches Schicksal sehr. Niemand kann ermessen, wie prägend die Erlebnisse gewesen sein mögen“. Nach dieser routiniert-leutselig absolvierten Pflichtübung zeigte der BAYER-Chef aber einen noch unverantwortlicheren Umgang mit der Unternehmensgeschichte als seine Vorgänger. Er stellte nicht nur klar, BAYER sei mit den IG FARBEN nicht gleichzusetzen und kein Rechtsnachfolger des Mörder-Konzerns, er leugnete mit dem Verweis auf die Freisprüche im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess auch noch die Schuld der in Menschenversuche verwickelten BAYER-Pharmakologen. Die RichterInnen setzten damals viele Angeklagten auf freien Fuß, weil im Zuge des Kalten Krieges mit der Sowjetunion ein



neuer Feind am Horizont erschienen war und damit plötzlich Milde gegenüber den alten Bösen opportun wurde. Wenning zitierte aus dem Urteil: „Die Annahme, dass die Angeklagten mit den SS-Ärzten, die diese verbrecherischen Handlungen begingen, unter der Decke gesteckt haben, wird durch die Tatsache widerlegt, dass die I. G. die Versendung der Medikamente eingestellt hat, sobald der Verdacht eines gesetz- und standeswidrigen Verhaltens der Ärzte auftauchte“. „Eine Feststellung“, kommentierte der Publizist Ernst Klee in seinem Buch „Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer“, „die den in Nürnberg vorliegenden (...) Dokumenten widerspricht: Die Versendung der Präparate endete bei Kriegsende“.

### Kinderarbeit

Zu den traurigsten aktuellen Kapiteln im „Schwarzbuch BAYER“ gehört das über die Kinderarbeit bei den Zulieferern der indischen Saatgut-Tochter PROAGRO. Über 1.500 Minderjährige leisten derzeit Frondienste auf den Feldern, berichtete Manfred Belle vom EINE-WELT-NETZWERK NRW und kritisierte: „Verantwortung kann nicht am Fabrikator enden“. Bereits seit zwei Jahren versichert der Leverkusener Multi, seine Geschäftspolitik ändern zu wollen. Geschehen ist bisher allerdings nichts. Deshalb wirft der neue Anlauf, den das Unternehmen nun mit seinem „Aktionsplan“ startet, für Belle auch einige Fragen auf. Der Konzern beabsichtigt, sich - wegen der angeblich unübersichtlichen Lage auf dem Kinderarbeitsmarkt - auf einige wenige Dörfer zu konzentrieren und den dortigen FarmerInnen

Bonuszahlungen für den Verzicht auf die Beschäftigung von Nicht-Volljährigen in Aussicht zu stellen. Zudem plant der Agro-Riese ein Programm zur Förderung der Schulbesuche. Ob es sich dabei um Potemkinische Dörfer handelt, bloße Vorzeigeprojekte, die den Blick auf die ansonsten weiterhin flächendeckend betriebene Ausbeutung von Kindern verstellen sollen oder ob von den Mustersiedlungen wirklich eine Signalwirkung ausgehen wird, bleibt fraglich. Manfred Belle machte die Erfolgsaussichten in seiner Rede von ganz konkreten Bedingungen abhängig: „Reichen die Bonus-Zahlungen aus?“, gab er etwa zu Bedenken. Darüber hinaus nannte er höhere Saatgut-Abnahmepreise sowie das Garantieren von Mindestlöhnen für Erwachsene als *conditio sine qua non* für das Gelingen des Aktionsplans. Zudem forderte er BAYER auf, eine wirksame Überprüfung des Erreichten zu ermöglichen. In seiner Antwort sagte Werner Wenning zu, unabhängigen BeobachterInnen künftig die Namen der Orte zu nennen und die bisher praktizierte Verweigerungshaltung aufzugeben. In Sachen „Preise“ blieb er allerdings unnachgiebig und behauptete, BAYER zahle bereits „faire Abnahmepreise, die zur Entlohnung erwachsener Arbeit gedacht waren“. Desweiteren besaß er die Dreistigkeit, den Konzern als einen Entwicklungshilfe betreibenden „Vorkämpfer“ gegen die Ausbeutung von Kindern darzustellen. Die Ursachen für diese sah der Vorstandsvorsitzende nämlich nicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft und der Abhängigkeit der „Dritten Welt“ von der „Ersten Welt“, sondern in der kulturellen Eigenart des Landes. Die Kinderarbeit sei ein „tief in der indischen Gesellschaft verwurzelt System“, dozierte der Hobby-Kulturwissenschaftler. Aus solchem Denken dürfte nur schwerlich das „Verantwortliche Handeln“ erwachsen, das der Konzern in seinen Hochglanz-Broschüren so gerne für sich in Anspruch nimmt.

### Verbrechen ...

Kriminelles Handeln fällt dem Konzern da leichter. Ralf-Jochen Ehresmann von der PDS schlug vor den AktionärInnen die „Akte BAYER“ auf. Mit vier Verfahren wegen illegaler Preisabsprachen bei Kunststoffen und Diagnose-Geräten war diese auch im Geschäftsjahr 2004 wieder gut gefüllt. Über 100 Millionen Dollar Strafe musste das Unternehmen dafür zahlen. Wenning zeigte sich Ehresmann

gegenüber geläutert: Der Vorstand bedauere die Rechtsverstöße ausdrücklich und habe die verantwortlichen Mitarbeiter entlassen. Trotz der Reumütigkeit und des Bauernopfers stehen die Resozialisierungschancen aber nicht allzu gut - das Strafregister in Sachen „Kartell-Bildungen“ ist mittlerweile einfach zu lang.

Mit anderen Gesetzen steht der Multi ebenfalls auf Kriegsfuß. So opponiert er bereits seit Jahren gegen die REACH genannte Chemikalien-Verordnung der EU, welche die Unternehmen zur Überprüfung vorher nie auf ihre gesundheitsschädliche Wirkung hin untersuchter Substanzen verpflichten will. Was „Die Chemie - das unbekannte Wesen“ im Alltag so alles anrichtet, schilderte Daniela Rosche von WOMEN IN EUROPE FÜR A COMMON FUTURE (WEFCF): Lösemittel beeinträchtigen die kognitive Entwicklung von Kleinkindern, Kunststoffe wirbeln das Hormonsystem von Menschen und Tieren durcheinander, Zusatzstoffe in Lebensmitteln lösen Allergien aus, Plaste & Elaste in Autoinnenräumen verursachen Kopfschmerzen und Augenbeschwerden. In REACH sieht Rosche die einmalige Chance, solche „Nebenwirkungen“ zukünftig auszuschließen. Der „enorme Druck“, den BAYER & Co. entfalteteten, um die Vorlage

mehr und mehr aufzuweichen, empörte sie deshalb maßlos. „Warum setzen Sie sich gegen Fortschritte ein?“, wollte sie vom Vorstandsvorsitzenden wissen und „Ist ihnen die Gesundheit ihrer Familie und ihrer Mitarbeiter egal?“

Auf die erste Frage - aber auch nur auf diese - gab Wenning eine klare Antwort: Weil REACH die gesamte Industrie belastet und nicht dazu geeignet ist, das Bruttosozialprodukt zu steigern. Er entwarf ein Horrorszenerario, prophezeite das Aus für Teile des Sortiments und sprach von einer „Innovationsbehinderung“ durch die Chemikalien-Verordnung. „Das System muss extrem vereinfacht werden, wenn nicht weitere Standort-Nachteile entstehen sollen“, forderte er. Der Konzern-Boss versteht das ganze Aufheben sowieso nicht, denn für ihn stimmt die Chemie. „Die BAYER-Produkte haben ein größtmögliches Maß an Sicherheit“, bekräftigte er.

#### ... andere Kleinigkeiten

Wie ungenügend dieses „größtmögliche Maß an Sicherheit“ sein kann, führte der Imker Fridolin Brandt den HV-BesucherInnen anhand seiner Berufspraxis vor Augen. Er verlor zahlreiche Bienenvölker, weil sie auf Sonnenblumen-Feldern Pollen und Blütenstaub sammelten, welche die

## O-Ton BAYER



„Ich begrüße den Vorschlag für Neuwahlen. Ich gehe davon aus, dass die Parteien den Menschen deutlicher machen als bisher, in welche Richtung sie unser Land lenken wollen. Letztlich geht es um die Frage: Mehr Staat oder mehr individuelle Freiheit und Verantwortung.“

Werner Wenning, BAYER-Vorstandsvorsitzender

LandwirtInnen mit dem BAYER-Gift GAUCHO eingedeckt hatten. „Die Geschäftserfolge gehen zu Lasten der Umwelt“, resümierte der Vize-Präsident des EUROPÄISCHEN IMKERBUNDES deshalb. Das sah der Konzern anders: Er gab der angeblich unprofessionellen Arbeit der BienenzüchterInnen die Schuld am Desaster.

Obwohl das französische Landwirtschaftsministerium die Ausbringung des Saatgutbehandlungsmittels nicht nur auf Sonnenblumen-Pflanzungen wegen seiner Bie-

**achten statt verachten**  
Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere

**Arbeitskreis Flüchtlinge / Asyl**

Informationen erhalten Sie bei der IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung  
Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel (030) 698 074-0, [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

Foto: Shirley/Lauf

nengefährlichkeit längst verboten hat, leugnete der BAYER-Boss diesen Zusammenhang in seiner Antwort auf die „Brandrede“ immer noch und zauberte stattdessen zusätzliche Alternativ-Erklärungen aus dem Hut. Er zitierte eine ominöse Entlastungsstudie in Sachen „GAUCHO“ herbei, präsentierte mit einer Milbe einen weiteren Tatverdächtigen für den Tod der Bienen und sprach desweiteren von „vielschichtigen Ursachen“. Werner Wenning betätigte sich de facto als Nebelwerfer, warf sich aber in die Pose des Aufklärers, der gemeinsam mit den Imkerverbänden - zufälligerweise nicht mit dem EUROPÄISCHEN IMKERBUND - der Wahrheit auf die Spur kommen will. „Sie sehen Herr Brandt, es wird viel unternommen, um die wahren Gründe zu erforschen“, versicherte er in jovialem Ton.

Lana Fitsch vom ALLERWELTSHAUS KÖLN nahm sich des Schicksals derjenigen Tiere an, die zu Tausenden in den BAYER-Laboren sterben. „Ich sage ihnen, wenn Sie Leben töten müssen, um Leben zu erhalten, wird nichts dabei herauskommen“, beschwor sie den Vorstandsvorsitzenden. Darüber hinaus brachte die Aktivistin vom KÖLNER ALLERWELTSHAUS Einwände aus wissenschaftlicher Sicht gegen die am „Tiermodell“ gewonnenen Erkenntnisse vor, viele ForscherInnen äußern nämlich Zweifel an deren Übertragbarkeit auf den Menschen. Der BAYER-Chef machte es sich in seiner Reaktion auf die Kritik leicht. Der Gesetzgeber schreibe Tierversuche vor, ansonsten führe der Konzern seine Experimente mit „Verantwortung auch für das Tier als Mitgeschöpf“ durch, so seine knappe Replik.

### Sorglose Entsorgung

Tod am Anfang der Produkt-Entwicklung, Tod durch das Erzeugnis selber - und noch das Ende der Produktionskette hat es in sich. Es bleibt dabei nämlich eine Vielzahl giftiger Substanzen übrig. Jahrzehntlang hat der Multi sie einfach sorglos auf dem Dhünnaue-Areal entsorgt, bis es zur größten Giftmüll-Deponie Europas heranwuchs. Hunderttausende Tonnen gefährlicher Stoffe von Schwermetallen bis zu Chromverbindungen lagerten dort schließlich. Über die Folgen berichtete Hubert Ostendorf vom Vorstand der CBG: Im Umkreis des Geländes stiegen die Krebsraten exorbitant an. Erst nach massiven Druck der CBG und anderer Organisationen erkannte BAYER Handlungsbedarf - jedenfalls ein bisschen. Der Kon-



zern nahm nämlich keine Sanierung vor, er entschloss sich zu der billigeren und ökologisch fragwürdigeren Variante einer bloßen Sicherung. So umgeben nun nach oben und zu den Seiten hin Betonwände die Altlast. Aber nach unten hin ist alles offen, was die Deponie buchstäblich zu einem Fass ohne Boden macht. Wie Ostendorf ausführte, muss der Agro-Riese deshalb stündlich 750 Kubikmeter verseuchtes Wasser abpumpen und im werkseigenen Klärwerk reinigen. Da tat eine kosmetische Operation not: BAYER und die Stadt Leverkusen kamen überein, auf dem Gelände die Landesgartenschau auszurichten. „Gras über den Skandal wachsen“ lassen, nannte der CBGler das treffend. Er forderte eine vollständige Sanierung der Dhünnaue auf Kosten des Konzerns und trat für die Errichtung eines Gedenksteins für die Gift-Opfer ein. „Die LAGA hat nur dann eine Berechtigung, wenn sie an den Giftmüll erinnert“, sagte Hubert Ostendorf am Ende seiner Rede. Da stimmte Werner Wenning nicht mit ihm überein. „Das Sicherheitskonzept ist abgestimmt“, verkündete er und pries die Gartenkunst am Giftmüll. „Wir sind stolz darauf, dass die Stadt Leverkusen auf dem Gelände der ehemaligen Deponie eine Landesgartenschau veranstaltet“, sprach der Ober-BAYER.

### Fatal global

CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes unternahm es in seinem Beitrag schließlich, die Anliegen derjenigen der gegen die Unternehmenspolitik aktiv gewordenen Gruppen zu vertreten, die nicht nach Köln reisen konnten. Im Namen der US-Sektion des PESTIZID-AKTIONS-NETZWERKES (PAN), die das von der Weltgesundheitsorganisation WHO in die höchste Gefahrenklasse eingordnete Pestizid Lindan in den Mittelpunkt einer Kampagne stellte, fragte Mimkes: „Will BAYER die Lindan-Zulassung zurückziehen?“. Als „traurige Ironie“ bezeichnete er es, dass das durch den Holzgifte-Skandal mit seinen unzähligen Opfern berühmt-berüchtigte Mittel sich seit dem Erwerb der US-Firma GUSTAFSON wieder im Sortiment von BAYER befindet. Wenning antwortete, der Konzern habe über die Zukunft der Agrochemikalie noch nicht entschieden, ließ aber nichts auf Lindan kommen, es bestehe „keine Gefahr für Mensch und Umwelt bei sicherer Anwendung“. „Keine Gefahr für Anwohner und Öffentlichkeit“ geht ihm zufolge auch von dem im südafrikanischen Durban gelegenen Werk aus, obwohl die Mess-Daten eine Besorgnis erregende Belastung mit Chrom im Umkreis der Niederlassung ausweisen. Die Behörden mussten die Menschen

sogar eindringlich davor warnen, das Wasser aus den Brunnen in BAYER-Nähe zum Trinken oder Kochen zu nutzen. Laut Werner Wennings Ferndiagnose waren sie aber „zu keinem Zeitpunkt einer gesundheitsgefährdenden Konzentration ausgesetzt“.

Die von Philipp Mimkes zur Sprache gebrachten Störfälle bei der Firmen-Niederlassung in Addyston - die CBG-Kooperationspartner vor Ort zählten 107 Störfälle im Jahr - rangen dem Vorstandsvorsitzenden immerhin das Zugeständnis ab, die „hohen Sicherheitsstandards weiter optimieren“ zu wollen.

Würde sich ein solcher Unfall auf dem BAYER-Areal im US-amerikanischen Institute ereignen, so wäre eine Katastrophe zu befürchten. Dort lagert mit Methyl Isocyanat (MIC) nämlich die Chemikalie, die das Unglück von Bhopal ausgelöst hat.

Falle einer Freisetzung sieht die US-Umweltbehörde EPA das Leben von 300.000 Menschen gefährdet. Dieses „worst case scenario“ hat die Bürgerinitiative PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC auf den Plan gerufen. Stellvertretend für die Gruppe wandte sich der CBG-Geschäftsführer an den Vorstand und erkundigte sich danach, warum der Kon-

zern solch hoch gefährliche Stoffe überhaupt lagert, statt auf eine Produktionsweise umzustellen, die ohne Vorratshaltung auskommt. Werner Wenning ging darauf nicht ein. Zwischen MIC und MIC „eine Verbindung herzustellen, ist abwegig“, meinte er, weil es sich um verschiedene Anlagen-Typen handele.

Beschränkte sich der Vorstandsvorsitzende in Köln darauf, knappe, ausweichende oder beschwichtigende Antworten zu geben, so reagierte er auf einen im Januar von der COORDINATION verfassten Offenen Brief überhaupt nicht. Die CBG bat darin um Angaben darüber, wieviele BAYER-Bedienstete Mandate in politischen Gremien von Stadträten über Kreis- und Landtage bis hin zum Bundestag wahrnehmen und sich nach dem Motto „Wes' Brot ich ess, des Lied ich sing“ politisch engagieren. Mimkes fragte noch einmal nach, warum der Konzern trotz seiner immer wieder signalisierten Dialog-Bereitschaft eine Erwiderung schuldig blieb und forderte Wenning auf, nun auf der Hauptversammlung die konkrete Zahl zu nennen. Der Große Vorsitzende tat es nicht und begründete die Blockadehaltung damit, die CBG sei nicht an einem „konstruktiven Dialog“ interes-

siert, würde nur nach Anhaltspunkten für eine Kampagne suchen und dann „Agitation pur“ betreiben.

### 26 Mio. gegen BAYER

Als „Agitation pur“ empfanden viele AktionärInnen die Gegenreden von Philipp Mimkes und den neun anderen Konzern-KritikerInnen jedoch offenbar nicht. Bei der abschließenden Abstimmung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat machten sie nämlich mit einem Misstrauensvotum auf sich aufmerksam. BesitzerInnen von über 26 Millionen BAYER-Papieren stimmten gegen die Erhöhung der Aufsichtsratsbezüge - ca. 10 Prozent! - und HalterInnen von 3,8 Millionen Aktien enthielten sich bei diesem Tagesordnungspunkt. Ein solches Ergebnis überrascht umso mehr, als die Großbanken einen Großteil der Stimmrechte wahrnehmen und so bisher immer für Zustimmungsquoten von 99 Prozent plus X gesorgt hatten. Nun hatten Wenning und Co. die angeblich so unverständliche Diskussion um die Umtriebe des Kapitals einmal in der Sprache präsentiert bekommen, die sie blendend verstehen: die der Zahlen. Und das stimmt optimistisch für die weitere konzern-kritische Arbeit.

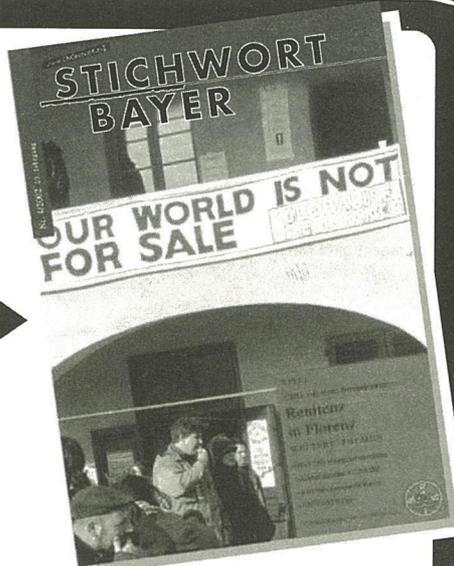
# Globalisierung: Kritik konkret!

**JETZT ABONNIEREN!**

Die weltweite Globalisierungskritik fordert: Brecht die Macht der Konzerne!  
**STICHWORT BAYER** sagt, wie das konkret gehen kann.

**STICHWORT BAYER (SWB)** und die englisch-sprachige Ausgabe keycode  
BAYER erscheinen seit 1982 und sind ein wichtiges Stück Gegenmacht.

Je stärker **STICHWORT BAYER**, desto größer die Wirkung.



www.CBGnetwork.org e-mail: CBGnetwork@aol.com

Bitte zurücksenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

Ja, ich/wir abonnieren für ..... € jährlich.  
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen  
60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung  
bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an  
den SWB-Solifonds ..... €

Bank \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Straße/Nr. \_\_\_\_\_ Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Kontoinf. \_\_\_\_\_ Name/Vorname \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_



Bäume, Blumen, BAYER-Gefahrstoffe

# Gartenkunst am Giftmüll



Bärbel Höhn macht gute Miene zum bösen LAGA-Spiel

*Am 16. April 2005 öffnete die Leverkusener Landesgartenschau (LAGA) ihre Pforten und lockte die BesucherInnen mit dem Slogan „Neuland entdecken“ auf das Gelände. Für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und andere Gruppen war das kein Grund zum Feiern, sondern zum Protestieren. Was nach Ansicht von Konzern und Stadt den krönenden Abschluss der Abdichtungsarbeiten an BAYERS Giftmüll-Deponie bildete, erschien den KritikerInnen nämlich als plumper Versuch, Gras über eine nach ökologischen Kriterien unzureichende Bau-Maßnahme wachsen zu lassen.*

*Von Jan Pehrke*

Ein buntes Völkchen hatte sich am Eröffnungstag der LAGA vor dem Haupteingang versammelt, um auf die unter der Grasnarbe tickende chemische Zeitbombe hinzuweisen: CBGler, Antifas in weißer Schutzkleidung, DKPler mit Gasmasken, die BUND-JUGEND, AnhängerInnen des Leverkusener Wahlbündnisses LAUF, MLPDler und Unabhängige. Der Polizei wurde es schon bald zu bunt. Sie wollte die COORDINATION mit ihrem Transparent „Neuland entdecken - Giftmüll verstecken“ außer Sichtweite der BesucherInnen auf die gegenüberliegende Straßenseite verbannen, wovon die OrdnungshüterInnen erst zähe Verhandlungen abbrachten. Der Theatergruppe der BUND-JUGEND wiesen sie einen Platz zwischen Nebeneingang und Parkplatz zu.

**„Die Leute sollen Frieden mit dem Gelände schließen“, so LAGA-**

**Geschäftsführer Hans-Max Deutsche**

Diese Maßnahme hatte allerdings einen unerwünschten Nebeneffekt. Nicht wenige Gartenschaulustige hielten die pantomimische Darbietung über die Stadt, den BAYER-Müll und den Tod nämlich für einen Teil des offiziellen Rahmenprogramms. Aber da hatten sie BAYER und

Leverkusen zuviel Kritik zugetraut. Sie verfolgten mit der LAGA ganz andere Pläne. „Die Leute sollen Frieden mit dem Gelände schließen“, diese Intention verfolgt die Schau laut ihrem Geschäftsführer Hans-Max Deutsche.

Leverkusens SPD-Oberbürgermeister Ernst Küchler sah in Blumen, Bäumen und Beeten sogar ein Zeichen dafür, dass BAYERS Hometown keine reine Industriestadt mehr sei und beim Strukturwandel auf einem gutem Weg. Der damals noch amtierende NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück stimmte ihm in seiner Eröffnungsrede zu und lobte, mit der LAGA sei „auf einer der größten Altlasten Europas im wahrsten Sinne des Wortes attraktives ‘Neuland’ entstanden“. Bärbel Höhn machte im Spätherbst ihrer Zeit als Landesumweltministerin sogar ein neues „Naherholungsgebiet“ aus. Allzu nah durfte mensch ihm jedoch nicht kommen, dann entpuppten sich die Grünflächen nämlich als potemkinische Dörfer. Auf sehr unsicherem Grund entfaltete sich



die Blumenpracht. Die LandschaftsgärtnerInnen konnten keine Bäume mit tiefem Wurzelwerk einpflanzen, weil dieses bis in den Giftmüll gereicht hätte. Teilweise mussten sie bis zu acht Meter hohe Erdschichten aufschütten, um den Blumen festen, guten Mutterboden unter ihren Lebensadern zu gewähren - Natur mit beschränkter Haftung. Hochbauten gestattete die LAGA-Direktion ebenfalls nicht, und Außengastronomie nur in Leichtbauweise. Es sollten auf keinen Fall schwere Fundamente auf die Altlast drücken und so eventuell die schlafenden Chemie-Geister wecken oder den unter der Erde verlegten Versorgungsleitungen der BAYER-Anlagen in die Quere kommen. Oberirdisch setzt das nur wenig einladen-

## Aktuelles aus dem

**ABL**  
VERLAG

### \*Der kritische Agrarbericht 2005 mit dem Schwerpunktthema Agro-Gentechnik

*hier finden Sie alle Hintergrundinformationen zur Gentechnikdebatte; 19,80 Euro zzgl. Versandkosten*

### \*Zukunftschance Tierwohl

*zur Bedeutung artgerechter Nutztierhaltung für die Landwirte und für unsere Gesundheit; 9,80 Euro zzgl. Versandkosten*

### \*Verliebt Trecker fahren

*29 kurze Geschichten über das Abenteuer Landleben; 9,90 Euro zzgl. Versandkosten*

### \*unabhängige bauernstimme

*die Monatszeitung mit allen wichtigen agrarpolitischen Informationen und Hintergrundberichten; 36,00 Euro Jahresabo*

Kontakt und Bestelladresse: ABL Verlags GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm;  
Fax: 02381 / 49 22 21 email: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de)



Gaga Laga

Heute erzähle ich euch mal ein Märchen. Es handelt von dem schönen Städtchen Leverkusen, jener großen Apotheke an der Stadtgrenze zu Köln. Also: Es war einmal vor ca. 80 Jahren in einer Zeit, als es noch keine Umwelt gab, aber dafür umso mehr Hochwasser. Da haben die in Leverkusen den ganzen Abfall der BAYER AG - die hieß damals noch IG FARBEN, aber das darf heute keiner mehr wissen - da haben die den ganzen Abfall einfach ans Rheinufer gekippt. Die haben sich gedacht: Lieber langfristig vergiftet als kurzfristig eroffen. Und so ist am Rheinufer in Leverkusen die größte Giftmülldeponie der Welt zusammengekippert worden. Sage und schreibe drei Millionen Tonnen an Substanzen, von denen bis heute keiner weiß, was die eine mit der anderen so treibt. Und nach dem Krieg, als die Deutschen wieder mehr Lebensraum im Westen brauchten, weil das im Osten bekanntlich nicht so richtig hingehauen hat, da hat man dann den ganzen Dreck mit ein bisschen Muttererde zugeschüttet und Häuser drauf gebaut. Und natürlich ein Krankenhaus. Für die Leute, die in den Häusern gewohnt haben. Und 1987, als das Krankenhaus mittlerweile voller war als die Häuser, da hat man die Häuser dann wieder abgerissen. Und seitdem wurde da aufgeschüttet und abgedeckt und wieder aufgeschüttet und wieder abgedeckt, bis heute wurden insgesamt 110 Millionen Euro aufgeschüttet und abgedeckt. Tja, und dann hat man das Ganze schön bepflanzt, und deshalb gibt es jetzt in Leverkusen die Laga, die Landesgartenschau. Und die produziert so putzige Schlagzeilen wie: „Das Rheinufer in Leverkusen hofft auf rosige Zeiten“. Na, dann wollen wir mal hoffen, dass die Zeiten am Ende nicht einfach nur rissig werden.

Der Kabarettist Wilfried Schmickler ist aus der TV-Sendung „Mitternachtsspitzen“ bekannt und schreibt in der taz Köln die Kolumne „schmickler macht ernst“, die *Stichwort BAYER* mit freundlicher Genehmigung der Zeitung nachdruckte.

de Panorama aus Produktionsstätten des Konzerns und Überlandleitungen dem „Naherholungsgebiet“ enge Grenzen. Auf dem Areal selber stören seltsame Apparaturen, nur unzureichend mit „Kunst“ verkleidet, den Gartenkunst-Genuss. Sechs Brunnen haben auf der LAGA die Aufgabe, den Pegelstand des Wassers zu kontrollieren, weil der Rhein bei Erreichen einer bestimmten Marke sonst die Produktionsabfälle unterspülen und die Gifte ausschwemmen könnte. Große Messstationen ermitteln überdies permanent, ob sich die Belastung des Grundwassers noch in den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen hält.

Eine Jahrhundert-Aufgabe: „Wie sich das Gelände innerhalb der nächsten 100 Jahre verhalten werde, sei allerdings nicht gänzlich vorherzusehen“, räumt der



LAGA-Landschaftsarchitekt Rüdiger Brosk denn auch ein. Die *Waz* eröffnet ebenfalls wenig schöne Aussichten: „Setzungspiegel und Grundwasserkontrollen wird es hier auf ewig geben“. Zwischen Chrom, Chlor & Co. stimmt die Chemie nämlich immer noch. Sie reagieren munter miteinander drauflos. Darüber hinaus bilden sich durch Abbauprozesse neue giftige Gase. Dementsprechend sieht das Sickerwasser der Altlast aus. 750 Kubikmeter muss BAYER stündlich abpumpen und im Klärwerk reinigen.

Um ein „Work in Progress“ handelt es sich bei der Dhünnaue also, weil Konzern und Stadt das Areal nicht sanierten, sich stattdessen für eine bloße Absicherung der Altlast entschieden. Den Unterschied erläuterte Klaus Stief vom Umweltbundesamt 1988 auf einem Umweltschutz-Forum in Köln. „Unter Sanierungsmaßnahmen versteht man Maßnahmen, die zu einer Beseitigung des Gefährdungspotenzials der Altlast führen. Unter Sicherungsmaßnahmen werden Maßnahmen verstanden, welche die Gefährdung der

Umwelt vermindern oder auch zeitlich befristet unterbinden, die allerdings das Gefährdungspotenzial nicht beseitigen. Man erreicht einen Zeitgewinn. Irgendwann, in der Regel innerhalb von Jahrzehnten, werden die Sicherungsmaßnahmen unwirksam werden. Man wird sie wiederholen müssen“, führte er in seinem Vortrag aus. Aber das verdrängen die Verantwortlichen laut Stief nur allzu gern. „Obwohl durch die Wahl des Wortes ‘Sicherungsmaßnahmen’ im Gegensatz zu dem Wort ‘Sanierungsmaßnahmen’ jedermann die zeitlich befristete Wirksamkeit und die ständige Unterhaltungs- und Reparaturbedürftigkeit der Maßnahmen klar werden soll, neigt man in der Praxis wohl immer dazu zu hoffen, dass man das Altlastenproblem ‘vom Halse’ hat, wenn sie gesichert ist. Das wird sich in der

Regel irgendwann einmal als verhängnisvoller Irrtum herausstellen“, stellt der Diplom-Ingenieur fest. Da hat der Experte die LAGA-Lage richtig erfasst. Im Katalog zur Ausstellung, die sich auf der Gartenschau der Geschichte der Dhünnaue und ihrer Abdichtung widmet, heißt es lapidar: „Aufwändige Technik löst das Altlast-Problem“. Eine Sanierung war nach BAYERs Ansicht nicht möglich. „Aufgrund der früher üblichen ungeordneten Ablagerung

**„Wie sich das Gelände innerhalb der nächsten 100 Jahre verhalten werde, sei allerdings nicht gänzlich vorherzusehen“, räumt der LAGA-Landschaftsarchitekt Rüdiger Brosk ein**

der überwiegend festen und im geringen Maße auch pastösen und flüssigen Abfälle sind die Belastungen sehr ungleichmäßig verteilt. Eine gezielte Sanierung einzelner Teilbereiche kommt deshalb nicht in Frage“, schreiben die AusstellungsmacherInnen. Eine glatte Lüge, wie ein Blick auf die Schweizer Deponie Källi-

gen beweist. 350.000 Tonnen Gefahrgut lagerten dort ein - und Giftmüll-Trennung betrieben die „Entsorger“ ebenso wenig wie in Leverkusen. Trotzdem entschieden sich die Verantwortlichen für eine Komplett-Sanierung mit Auskoffierung des verseuchten Areals - und mussten es auch. Die Gesetze des Landes untersagen nämlich Baumaßnahmen, die den Giftaustritt nicht stoppen und als „Langzeit-Provisorien“ eine jahrhundertelange Überwachung erfordern. So kann sich die Schweiz freuen, schon im Jahr 2025 keine gefährlichen chemischen Zeitbomben mehr im Boden ticken zu haben.

In der Bundesrepublik sträubten sich BAYER & Co. stets aus Kostengründen gegen eine solche ökologisch sinnvolle Lösung. Einer genaueren Überprüfung halten ihre Argumente indes nicht stand. Sicherungsmaßnahmen erfordern zwar am Anfang keinen so hohen finanziellen Aufwand wie Sanierungsmaßnahmen, rechnet man aber die bei „Langzeit-Provisorien“ anfallenden Betriebs- und Reparaturkosten hinzu, so halten sich die Ausgaben in einem vergleichbaren Rahmen. Allein für die Reinigung des Sickerwassers muss BAYER jährlich einen Millionen-Betrag aufbringen. Was bei der Dhünnaue noch so alles an Ausgaben anfallen könnte, weiß niemand genau, denn Langzeituntersuchungen über die Beständigkeit des verbauten Materials existieren nicht, und viele Entwicklungen sind nicht vorhersehbar. So musste die Stadt Hamburg 1994 unvermittelt bei der bloß gesicherten Altlast auf dem Gelände der ehemaligen Waffenfabrik STOLZENBURG „nachbessern“, weil das nahe gelegene Wasser-

werk die Trinkwasser-Gewinnung drosselte und der Grundwasser-Spiegel sich in der Folge gefährlich nah an die giftigen Produktionsrückstände heranschob.

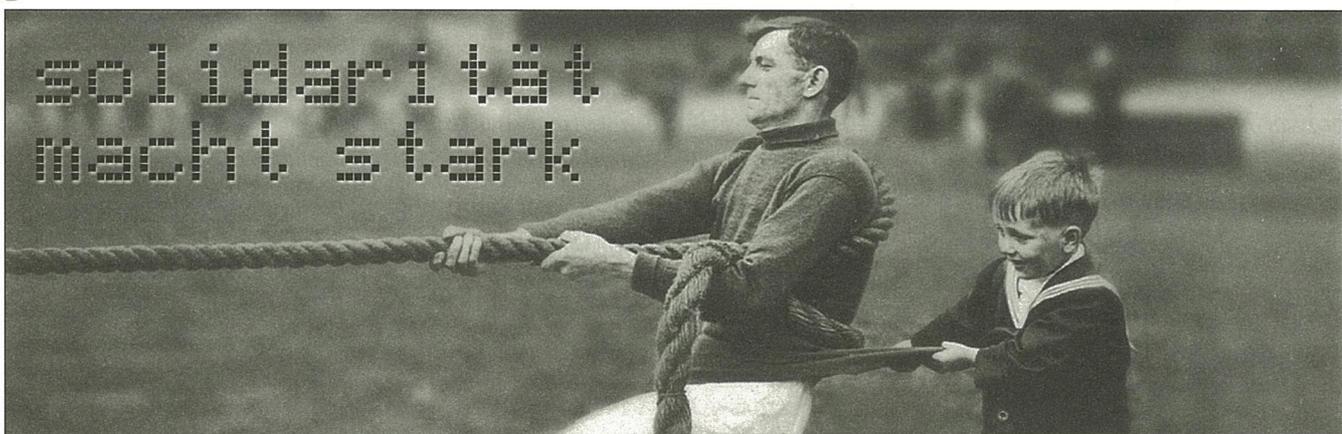
Über diese ganze Problematik findet sich im Katalog zu der LAGA-Ausstellung „Die Dhünnaue gestern und heute“, die „eine

**„Obwohl durch die Wahl des Wortes ‘Sicherungsmaßnahmen’ im Gegensatz zu dem Wort ‘Sanierungsmaßnahmen’ jedermann die zeitlich befristete Wirksamkeit und die ständige Unterhaltungs- und Reparaturbedürftigkeit der Maßnahmen klar werden soll, neigt man in der Praxis wohl immer dazu zu hoffen, dass man das Altlastenproblem ‘vom Halse’ hat, wenn sie gesichert ist. Das wird sich in der Regel irgendwann einmal als verhängnisvoller Irrtum herausstellen“, stellt Klaus Stief fest**

offene Chronik über Fortschritt und Verantwortung“ sein will, nichts. Es fängt schon schlecht an. Der Konzern hat angeblich nicht nur nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ sorglos seine Abfälle am Rhein entsorgt, er wollte der Stadt damit auch einen wirksamen Hochwasserschutz bieten. Dass die „gute Tat“ vielleicht doch nicht so gut für Leverkusen war, stellte sich laut Text erst Ende der achtziger Jahre heraus. „Ende 1987 steht fest: Eine Gefährdung der Bewohner in der Wiesdorfer Dhünnaue kann nicht ausgeschlossen werden“. Aber selbst dann ist alles nur halb so schlimm, denn die

Wissenschaft hat festgestellt: „Insgesamt kann eine akute Gefährdung der Bevölkerung mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden“. Der Herr Professor Einbrodt von der Universität Aachen war so nett. Vorher hat es nach Aussage von BAYER nur einige Klagen wegen Geruchsbelästigung gegeben und „unerwartete Schwierigkeiten“ im Zuge der geplanten Wohnbebauung über der Deponie. Eine Baugrund-Untersuchung meldete nämlich Zweifel daran an, ob der Beton dem chemischen Untergrund standhalten würde und sagte zudem eine Absenkung der Häuser voraus. Sie sollte Recht behalten. Später ergaben Messungen eine hohe Chrom-Belastung von Kellern. Die Stadt Leverkusen quartierte die Mietparteien um und schloss eine Schule. Nach Darstellung der AusstellungsmacherInnen geschah das alles nur „vorsorglich“. Die ungewöhnlich hohe Krebsrate im Umfeld der Schule mit fünf Toten und 15 Erkrankungen, die der *Spiegel* öffentlich machte, verschwiegen sie.

Nicht nur diese Fälle hätten genug Grund für Entschädigungsklage geboten. Die Erleichterung darüber, dass „die Stadt Leverkusen und die BAYER AG juristischen Streit vermieden haben und sich in allen Fragen auf partnerschaftliche Lösungen verständigten“, ist den Konzern-AutorenInnen deshalb deutlich anzumerken. Sie vermelden in Sachen Dhünnaue „Mission erfüllt“ und meinen so „eine Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung der Stadt“ geschaffen zu haben. Das Einzige, was sich auf dem Areal jedoch nachhaltig entwickelt, ist die Last der Altlast für die nachfolgenden Generationen.



deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



**ROTE HILFE E.V.**  
[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

Kampagne mit ersten Erfolgen

# Weiterhin Kinderarbeit



*Vor zwei Jahren veröffentlichte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN eine Studie indischer Arbeitswissenschaftler. Die Ergebnisse der Untersuchung waren erschreckend: zehntausende Kinder arbeiten im indischen Saatgutbau, viele befinden sich in Schuldknechtschaft. Auch Zulieferer multinationaler Konzerne profitieren von den Billiglöhnen. Eine internationale Kampagne führte dazu, dass die Unternehmen ihre Verantwortung einräumten und wirksame Schritte ankündigten. Bislang sank die Zahl der beschäftigten Kinder bei BAYER & Co. jedoch nur geringfügig.*

*Von Philipp Mimkes*

Bis zu 400.000 Kinder, überwiegend Mädchen zwischen 6 und 14 Jahren, arbeiten in kleinen Zulieferbetrieben, die für Agro-Unternehmen wie BAYER, SYNGENTA und MONSANTO Baumwoll-Saatgut produzieren. Die Zulieferer sind zwar nominell unabhängig, aber durch Qualitäts- und Preisvorgaben sowie durch langfristige Lieferverträge vollständig an die Saatgut-Multis gebunden. Diese nehmen auf den Farmen regelmäßige Kontrollen vor und sind daher über den Einsatz von Kindern im Bilde. Die Kinder werden ihren Eltern von lokalen Werbeagenten für einen Vorschuss abgeworben, viele sind über Jahre hinweg auf den selben Feldern tätig, um immer wieder neue Vorschüsse abzuarbeiten. Sie sind giftigen Pestiziden ausgesetzt - es kam bereits zu Todesfällen - und bekommen für eine 12-Stunden-Schicht weniger als 50 Cent. Da sie keine Schulbildung erhalten, haben sie keine Chance, jemals dem Armutskreislauf zu entfliehen. Dies sind Ergebnisse der Studie „Kinderarbeit im indischen Baumwollanbau - die Rolle multinationaler Saatgut-Unternehmen“, die von dem im niederländischen Hyderabad ansässigen Institut „Glocal Research and Consultancy Services“ (GRCS) erstellt wurde. Geleitet wird das GRCS von dem Arbeitswissenschaftler Dr. Davuluri Venkatesvarlu, der für die Untersuchung Dutzende von Baumwollfarmen inspizierte.

**Internationale Kampagne**

Mit der Übersetzung und Veröffentlichung der Studie in Deutschland startete die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) im Sommer 2003 eine Kampagne, um auf die Mitverantwortung des BAYER-Konzerns für die Ausbeutung von Kindern aufmerksam zu machen. Der Kampagne haben sich unterdessen weitere Gruppen angeschlossen: GERMANWATCH, der GLOBAL MARCH AGAINST CHILD LABOUR, die ARBEITSGEMEINSCHAFT SOLIDARISCHE WELT und das EINE WELT NETZ NRW. Auch in Holland, England und den USA arbeiten Gruppen zu dem Thema, indischer Partner ist die renommierte MV FOUNDATION. Medien im In- und Ausland berichteten ausführlich über die Initiative.

Einen ersten Erfolg verbuchten die Gruppen nur wenige Wochen nach Veröffentlichung der Studie: Die kritisierten Unternehmen erklärten sich zu einem Treffen mit der MV FOUNDATION bereit und übernahmen darin die Verantwortung für Kinderarbeit bei ihren Zulieferern. Die Firmen

gründeten eine task force, die „Child Labour Elimination Group“ (CLEG), in der BAYER den Vorsitz übernahm. Die Zulieferer sollten offen gelegt und somit unabhängige Kontrollen ermöglicht werden. Für das darauffolgende Frühjahr - also Anfang 2004 - strebten die Unternehmen eine weitgehende Ersetzung der Minderjährigen durch erwachsene Arbeitskräfte an. Wegen der höheren Löhne, die an Erwachsene gezahlt werden, würde dies in den betroffenen Regionen auch zu einer Verbesserung der sozialen Lage führen. Monatelang bewegte sich jedoch nichts. GERMANWATCH, COORDINATION und GLOBAL MARCH wandten sich daher in einem Offenen Brief an den BAYER-Konzern. Darin forderten sie die Zahlung höherer Abnahmepreise, um die Einstellung erwachsener Arbeitskräfte zu ermöglichen, sowie Wiedereinschulungsprogramme für KinderarbeiterInnen. In seiner Antwort wies das Unternehmen darauf hin, selbst keine Kinder zu beschäftigen (was auch niemand behauptet hatte) und ansonsten „die Anbauer für das Thema Kinderarbeit zu sensibilisieren“ durch Öffentlichkeitskampagnen, Kontrollen und entsprechenden Klauseln in den Lieferverträgen.

**Vorstand diskutiert**

Tatsächlich beließen es BAYER und SYNGENTA nicht bei reinen Lippenbekenntnissen (im Gegensatz zu den Unternehmen MONSANTO und ADVANTA) und starteten einige Aktivitäten: Radiospots und Anzeigen forderten dazu auf, Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen; Firmenvertreter führten Kontrollen bei Zulieferern durch, um das Ausmaß des Problems genauer abschätzen zu können - eigene Untersuchungen hatten die Firmen bis dahin nicht durchgeführt; BAYER schickte zudem für die Gespräche mit der MV FOUNDATION mehrfach Firmenvertreter nach Indien.

Die Auswirkungen dieses Engagements waren jedoch ernüchternd. Eine Folgestudie im Herbst 2004 zeigte, dass die Zahl der arbeitenden Kinder kaum gesunken war - bei Zulieferern der BAYER-Tochter PROAGRO von gut zweitausend auf rund 1.650. Der Rückgang war hauptsächlich auf eine Dürreperiode und der damit einhergehenden Verringerung der Anbaufläche zurückzuführen. Weder wurden die Abnahmepreise erhöht, was eine Beschäftigung Erwachsener erleichtert hätte, noch wurden die Standorte der Zulieferer vollständig offen gelegt. Zwar

**Besitzen Sie Bayer-Aktien?**

Die Banken vertreten mit Ihren BAYER-Aktien nur eigene Interessen. Wir treten ein für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Sicherung. Übertragen Sie uns Ihre Stimmrechte.

Kritische BAYER-AktionärInnen  
 Coordination gegen BAYER-Gefahren  
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf  
 Fon 0211 - 333911 • Fax 0211 - 333940  
 e-mail: CBGnetwork@aol.com

Informationen abfordern, jetzt!

Coordination gegen BAYER-Gefahren / CBG  
 Coordinación contra los peligros de BAYER  
 Coordination against BAYER Dangers  
 Coordination contre les méfaits de BAYER

**Eine andere Welt ist möglich.**

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Coordination gegen BAYER-Gefahren  
 Axel Köhler-Schnura, Postfach 150418  
 40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 26 11 210  
 Fax 0211 - 26 11 220  
 eMailCBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Fon/Fax/E-Mail \_\_\_\_\_

Coordination gegen BAYER-Gefahren / CBG  
 Coordinación contra los peligros de BAYER  
 Coordination against BAYER Dangers  
 Coordination contre les méfaits de BAYER  
 Coordenação em contra dos perigos de BAYER

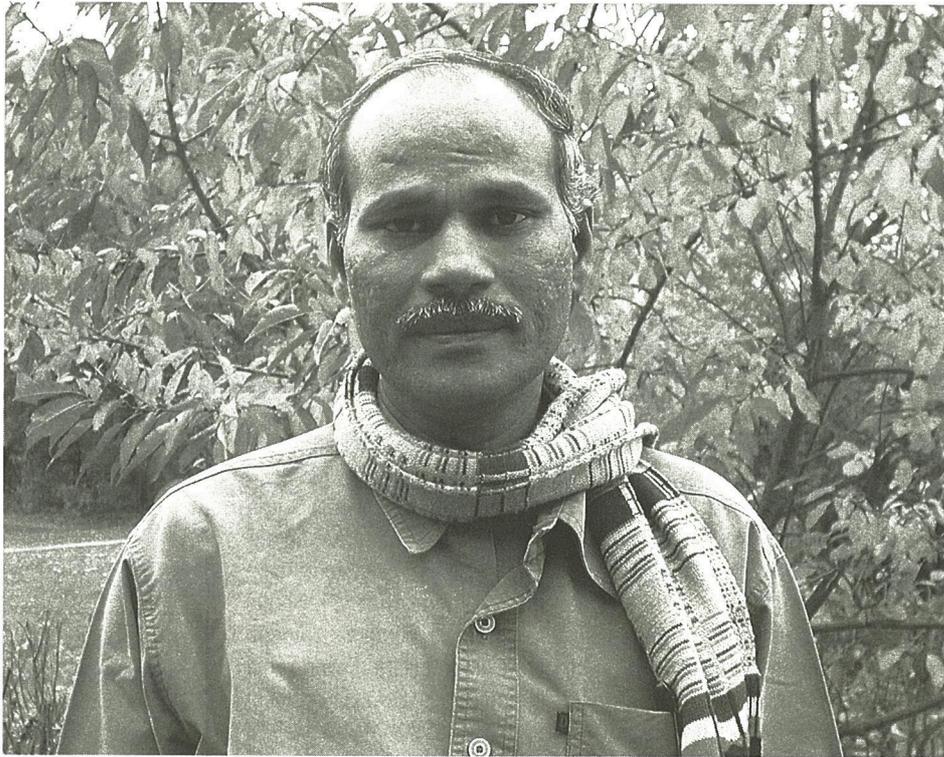
fürten einige Abnehmer, darunter auch BAYER, in ihre Lieferverträge Verbote für die Beschäftigung von Kindern ein, mangels wirksamer Kontrollen oder Strafzahlungen hatte dies jedoch keine realen Konsequenzen.

Zwischen der BAYER-Zentrale in Leverkusen und der indischen Tochterfirma kam es in diesem Prozess zu Spannungen - offenbar drängte der Firmensitz wegen der Negativ-Publicity auf wirksamere Schritte. In Treffen mit der MV FOUNDATION räumten BAYER-Vertreter ein, dass das Thema bis hin zum Vorstand des Konzerns diskutiert wurde. Auch auf der Hauptversammlung des Konzerns sprachen KritikerInnen das Thema an. „Es war ganz eindeutig, dass die Firma nur aufgrund des Drucks von dieser Seite zu Diskussionen mit uns bereit war“, unterstreicht denn auch Shanta Sinha, Vorsitzende der MV FOUNDATION, die Bedeutung der Kooperation von lokalen und internationalen AktivistInnen.

### OECD - Beschwerde

Da sich trotz der Zusagen an dem realen Problem kaum etwas änderte, entschlossen sich die deutschen Vertreter der Kampagne im Herbst 2004, eine Beschwerde gegen den BAYER-Konzern wegen Verstoßes gegen die „OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen“ einzureichen. Die OECD-Leitlinien verbieten Kinderarbeit und legen eine Verantwortlichkeit auch für direkte Zulieferer fest. Wörtlich heißt es daher in der Beschwerde: „Die Produktion in den Zulieferfirmen wird direkt von den Auftraggebern überwacht. Die einzelnen Schritte der Produktion (Zeitpunkt der Aussaat, Bewässerung, Arbeitsumfang, Qualität, Abnahmepreise) werden vertraglich exakt festgelegt. Die Marktstellung von PROAGRO/BAYER ist der der Zulieferer überlegen: PROAGRO liefert das Saatgut, gibt Kredite, hat das Recht, jederzeit Kon-

trollen durchzuführen, etc.“ Das OECD-Verfahren ist nach Meinung der beteiligten Gruppen auch deshalb notwendig, weil dem BAYER-Konzern das Problem jahrelang bekannt gewesen war, Konsequenzen aber erst nach der Veröffentlichung der Studie und den nachfolgenden Medienberichten gezogen wurden. „Schon seit letztem Jahr versuchen wir, im Dialog mit der indischen BAYER-Tochter PROAGRO das Problem der Kinderarbeit bei ihren Zulieferern zu lösen, leider ohne Erfolg. Deshalb wollen wir jetzt mit der OECD-Beschwerde den Druck auf das Unternehmen erhöhen und auch die staatliche Ebene in Deutschland einbeziehen“, erläutert Cornelia Heydenreich von GERMANWATCH. Rainer Kruse von der deutschen Sektion des GLOBAL MARCH drängt auf unverzügliches Handeln: „Die Gesundheit und das Leben der



Der Arbeitswissenschaftler Davuluri Venkatesvarlu

Kinder darf nicht länger aufs Spiel gesetzt werden. Und sie müssen wieder in die Schule gehen können. Jede weitere Arbeitssaison schädigt eine neue Generation von Kindern“.

### Musterdörfer

Das Thema zieht mittlerweile immer weitere Kreise: die WELTHUNGERHILFE wandte sich zu Beginn dieses Jahres per Brief an BAYER und beklagte die mangelnde Umsetzung der von den Firmen angekündigten Schritte. Im Februar startete das EINE WELT NETZ NRW eine Kam-

pagne unter dem Titel „Wer hat mit Kinderarbeit und Kopfschmerzen zu tun... und reimt sich auf MAYER?“. Hunderte Unterstützer sandten Briefe an den Vorsitzenden von BAYER CROPSCIENCE, Friedrich Berschauer, und forderten höhere Abnahmepreise, wirksame Kontrollen und ein ernsthaftes Engagement des Konzerns. Auf der BAYER-Hauptversammlung am 30. April gab es erneut Protestaktionen (siehe den Artikel „Das Misstrauensvotum“ in diesem Heft).

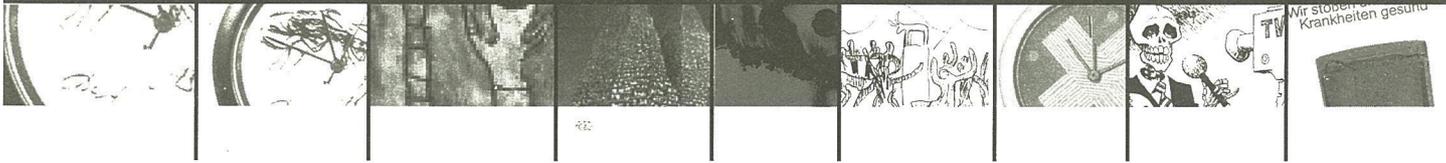
Erneut reagierte der Konzern: VertreterInnen von WELTHUNGERHILFE und EINE WELT NETZ wurden zu Gesprächen nach Monheim eingeladen. In Hyderabad gab es ein Treffen mit den indischen Partnergruppen. Der Konzern stellte dabei ein neues Konzept vor: Die Saatgut-Produktion von BAYER/PROAGRO soll in den nächsten Jahren auf wenige, besser zu kon-

trollierend „Musterdörfer“ konzentriert werden. Auf nachweislich ohne Kinderarbeit hergestelltes Saatgut soll ein Bonus von bis zu 15 % bezahlt werden. Im Juni soll die MV FOUNDATION - wie schon vor zwei Jahren versprochen - eine Liste der Vertragspartner erhalten um unabhängige Kontrollen durchführen zu können. Außerdem will BAYER in einer

Kooperation mit der NAANDI FOUNDATION Schulprojekte initiieren. Die Strategie sei mit den Firmen SYNGENTA und EMERGENT GENETICS abgestimmt. Ein Vorgehen innerhalb des indischen Saatgut-Verbands Association of Seed Industries (ASI) wäre nicht zustande gekommen, da mehrere Unternehmen nach wie vor kein Interesse an dem Thema haben.

### Kritiker und Kritiker

Wie schon bei früheren Streitthemen bleibt der Konzern bei der Strategie, seine Kritiker in „gut“ und „böse“ aufzuteilen.



# Helfen auf die schöne Art ...

**Jetzt mit  
SUPERSTAR  
Otto Piene**

Auf Seite 2 gibt es  
noch mehr Kunst  
von Otto Piene.

## Kunst für eine solidarische und gerechte Welt

Namhafte Künstlerinnen und Künstler stellen der „Edition Kunst gegen Konzerne“ persönlich signierte Arbeiten gratis zur Verfügung. Die Kunstwerke haben wegen ihrer Qualität, der strengen Limitierung und der Originalsignatur ein hohes Wertsteigerungspotenzial.

Wirksam wird die Spende der Künstlerinnen und Künstler aber erst, sobald Sie eines oder mehrere dieser Kunstwerke erwerben. Mit dem Erlös aus dem Verkauf wird konzern- und globalisierungskritische Arbeit gefördert.

### Peter Royen

Der 1923 in Amsterdam geborene Maler Peter Royen ist einer der ganz großen internationalen Künstler. Seine Werke genießen weltweite Anerkennung.

#### Quadrat ▶ im Kreuz

Kunst-Sammel-Uhr, Metallgehäuse (nickelfrei), Lederarmband, limitiert.

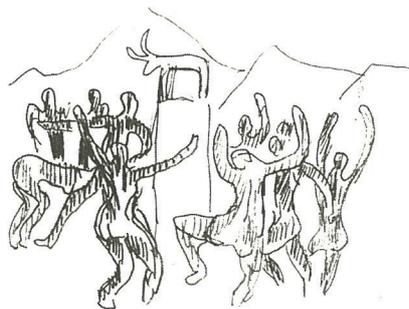
Bestell-Nr. 7 000 003  
85 Euro



#### Tanz um das Goldene Kalb ▶

Kunst-Sammel-Uhr, Metallgehäuse (nickelfrei), Lederarmband, limitiert.

Bestell-Nr. 7 000 007  
68 Euro



#### Tanz um das Goldene Kalb ▲

Zeichnung, Mikro-Piezo-Technik nach Tusche, ca. 60 x 40 cm, limitiert.

Bestell-Nr. 7 000 008  
148 Euro

### Prof. Wilfried Polke

Wilfried Polke ist ein Künstler, der sich politisch einsetzt und zu gesellschaftlichen Konflikten nicht schweigt.



#### Der blaue Planet

Kunstdruck, handsigniert, 40 x 60 cm, auf industrie Büttchen

Bestell-Nr. 7 000 025  
200 Euro

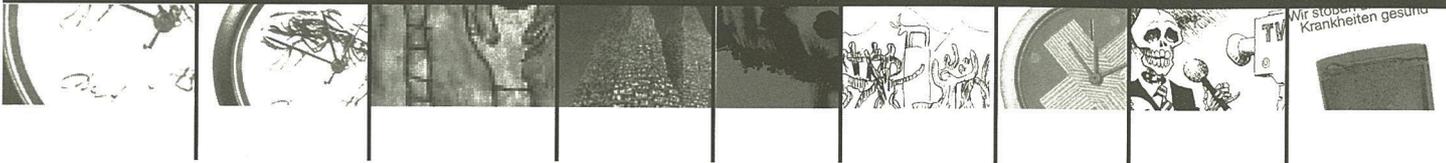


#### Der Blaue Planet

Kaffeebecher aus Porzellan, (Rosenthal)

Bestell-Nr. 7 000 028  
16 Euro

EDITION  
**KUNST GEGEN  
KONZERNE**  
FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT



▶▶▶▶▶▶▶▶ **Bestellungen** unter Fon 0211 - 26 11 210 Fax 0211 - 26 11 220 ◀◀◀◀◀◀◀◀  
 eMail [bestellung@kunstgegenkonzerne.net](mailto:bestellung@kunstgegenkonzerne.net) [www.kunstgegenkonzerne.net](http://www.kunstgegenkonzerne.net)

**Jetzt mit  
 SUPERSTAR  
 Otto Piene**

**„Superstar  
 Otto Piene“**  
 (EXPRESS), 1961  
 Mitgründer der weltberühmte Gruppe Zero, gehört heute zu den ganz großen der Weltkunst. Sein Werk ist mit Preisen und Auszeichnungen überhäuft.

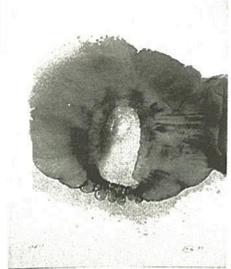
**Nur noch wenige Restexemplare der berühmten  
 Reihe „Elemente/Sternzeichen“.**  
 Siebdrucke aus dem Jahr 1971, ca. 69 x 50 cm. Je 1.400 Euro



◀ **Kunst-Sammel-  
 Uhr Sonne**  
 Kinder- und Damenuhr, Kunststoffgehäuse, rückseitig graviert, Armband auf Wunsch handsigniert (bei Bestellung angeben!)  
 Bestell-Nr. 7 000 026  
 60 Euro



**Fische  
 Element Wasser**  
 Bestell-Nr. 7 000 013



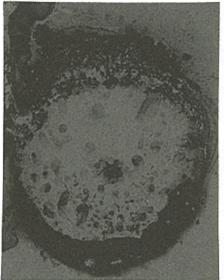
**Jungfrau  
 Element Erde**  
 Bestell-Nr. 7 000 014



**Krebs  
 Element Wasser**  
 Bestell-Nr. 7 000 015



**Löwe  
 Element Feuer**  
 Bestell-Nr. 7 000 016



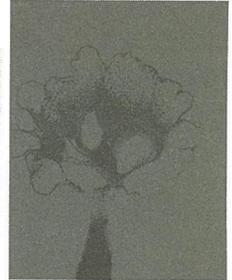
**Schütze  
 Element Feuer**  
 Bestell-Nr. 7 000 017



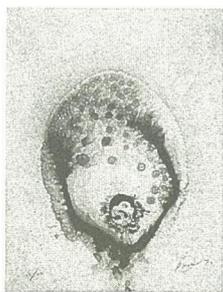
**Skorpion  
 Element Wasser**  
 Bestell-Nr. 7 000 018



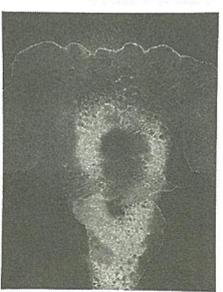
**Steinbock  
 Element Erde**  
 Bestell-Nr. 7 000 019



**Stier  
 Element Erde**  
 Bestell-Nr. 7 000 020



**Waage  
 Element Luft**  
 Bestell-Nr. 7 000 021



**Widder  
 Element Feuer**  
 Bestell-Nr. 7 000 023



**Zwilling  
 Element Luft**  
 Bestell-Nr. 7 000 024



**Bernd Engberding**  
 Das Herstellungsverfahren der Kunst von Bernd Engberding ist kunstgeschichtlich einmalig: Öl-Holzdrucke liefern farblich brillante Ergebnisse. In seinen Werke verarbeitet der Künstler alte Schriftzeichen und archetypische Symbole.  
 ◀ **Anbetung des Mäimön**  
 Öl-Holzdruck, Unikate, 24 x 30 cm, handsigniert.  
 Bestell-Nr. 7 000 010  
 Nur 180 Euro

EDITION **KUNSTGEGEN  
 KONZERNE**  
 FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT





Während WELTHUNGERHILFE und EINE WELT NETZ zu Gesprächen eingeladen werden, ließ das Unternehmen einen Termin im Bundeswirtschaftsministerium platzen, in dem die OECD-Beschwerde diskutiert werden sollte - Grund für die Absage: die Teilnahme der COORDINATION, die eine „ideologisch motivierte Kampagne“ gegen BAYER führe und die „für uns keine ernstzunehmende und seriöse Organisation“ darstellt. Kein Wort darüber, dass die Veröffentlichungen der CBG die Kampagne in Deutschland überhaupt erst ins Rollen gebracht hatten ...

### Skepsis bleibt bestehen

Die neue Anbau-Saison beginnt im Juli, so dass im Moment nicht absehbar ist, ob die von BAYER angekündigten Konzepte greifen oder ernst gemeint sind. Auch bleibt unklar, inwieweit das Handeln der Unternehmen über einige „Vorzeigeprojekte“ hinaus Erfolg verspricht. Dr. Venkatesvarlu, dessen Studie die Basis der Kampagne darstellt, äußert Zufriedenheit, dass die meisten Forderungen der MV FOUNDATION erfüllt wurden. Darüber hinaus sei eine Bewertung im Moment jedoch nicht möglich - Venkatesvarlu erinnert daran, dass ähnlich lautende Versprechen aus dem Jahr 2003 nicht umge-

setzt wurden und dass „BAYER nur aufgrund des kontinuierlichen Drucks von Gruppen aus ganz Europa“ zu weiteren Zugeständnissen gebracht werden konnte. Skeptischer äußert sich Rainer



Bauern, die keine Kinder einstellen, laufen letztlich darauf hinaus, dass für die Einhaltung der indischen Kinderschutzgesetze ein Bonus bezahlt wird - ein völlig falsches Signal. Zudem hat das Konzept keinen langfristigen Effekt, nach Beendigung des Projekts wird alles wie zuvor sein. Wegen der hohen Kosten ist das Konzept zudem nicht in größeren Regionen nachahmbar. Bonuszahlungen sind das Gegenteil von bewusstseinsbildenden Maßnahmen, die bislang die Stärke der indischen NGOs waren“.

### Langer Atem nötig

Kruse vom GLOBAL MARCH AGAINST CHILD LABOUR: „Multinationale Unternehmen sind auf Profite aus und haben naturgemäß keine altruistischen Ziele. Wenn sie Kooperationen mit NGOs suchen, dann vor allem, um ihr öffentliches Image zu verbessern. Alle Organisationen, die gegen Kinderarbeit kämpfen, sollten ihre Unabhängigkeit bewahren und so lange wie nötig öffentlichen Druck auf die Firmen ausüben“. Auch das Prinzip der „Musterdörfer“ kritisiert Kruse, der 26 Jahre lang das Indienreferat von BROT FÜR DIE WELT leitete: „Die von BAYER angekündigten Extra-Zahlungen an solche

Situation im indischen Saatgut-Anbau in Bezug auf Kinderarbeit verbessert, ist weiterhin ein langer Atem gefragt. Sprecher von BAYER räumten bereits ein, dass auch im kommenden Jahr Kinder auf Vertragsfarmen arbeiten werden. Auch wurde bereits eine Verlagerung des Problems in andere Regionen Indiens beobachtet. Die beteiligten Gruppen sind an einer Fortführung der Kampagne interessiert - bleibt zu hoffen, dass die von BAYER betriebene Strategie des „divide et impera“, mit der der Widerstand auseinander dividiert werden soll, nicht aufgeht.

## Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



**Worldwatch Institute (Hrsg.)**  
**Zur Lage der Welt 2005**  
Globale Sicherheit neu denken  
in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch  
2005 - 350 Seiten - € 19,90  
ISBN 3-89691-614-9



**Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)**  
**Die Grünen in Europa**  
Ein Handbuch  
2004 - 311 Seiten - € 19,90  
ISBN 3-89691-571-1

**Dagmar Vinz**  
**Zeiten der Nachhaltigkeit:**  
**Perspektiven für eine ökologische und geschlechtergerechte Zeitpolitik**  
2005 - ca. 280 Seiten - ca. € 29,80  
ISBN 3-89691-613-0

Hafenweg 26a - D-48155 Münster  
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50  
info@dampfboot-verlag.de - www.dampfboot-verlag.de



Der BAYER-Nachhaltigkeitsbericht 2004

# Nachhaltig unökologisch



Protest von BAYER-Beschäftigten

*In regelmäßigen Abständen veröffentlicht BAYER einen Nachhaltigkeitsbericht. Auf Hochglanz-Papier kündigt er von den angeblich immer raumgreifenderen Fortschritten des Unternehmens beim Weg ins Öko-Paradies. Wer sich allerdings nicht von der Verpackung und dem Wortgeklingel mit „nachhaltig“, „Verantwortung“ und „die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie“ blenden lässt, der sieht keine besseren Zeiten für Mensch, Tier und Umwelt anbrechen.*

*Von Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, Mitglied der deutschen Störfallkommission*

Nachdem BAYER sich in seinem vorangegangenen Nachhaltigkeitsbericht mit Kofi Annan und Ernst Ulrich von Weizsäcker schmückte, werden nun die künstlerischen Talente von Kindern werbewirksam vermarktet. Leider wissen diese Kinder noch nicht, wie sehr BAYER mit seiner gesamten Geschäftspolitik gerade ihre Zukunft verbauen und ihre Vorstellungen davon zerstören kann.

Wohin die Richtung dieser Geschäftspolitik weist, wird gleich im Anschluss an

das Bekenntnis von BAYER zu den Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung („Sustainable Development“) und damit zur sozialen und ethischen Verantwortung und zur gleichrangigen Behandlung von Ökonomie, Ökologie und sozialem Engagement deutlich: „Es gilt, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern“. Damit wird die wahre aber perverse Auffassung von Nachhaltigkeit formuliert: nachhaltige Gewinn-Maximierung im Interesse der AktionärInnen. Alle anderen Aussagen

dazu verdrehen die Wirklichkeit - wie in Orwells „1984“ vorgemacht.

Auch die Umstrukturierung des Konzerns, „schneller und nachhaltiger als jemals zuvor in der Unternehmensgeschichte“, wird als Beispiel für die verantwortliche Unternehmenspolitik des Konzerns verkauft. Tatsächlich dient die Neuorganisation von BAYER vornehmlich der Profitsteigerung. Die neue strategische Holding ermöglicht es mit ihrer unübersichtlichen Vielfalt, die ArbeitnehmerIn-

nen, die kontrollierenden Behörden, die Finanzbehörden und die Öffentlichkeit auszutricksen - z. B. mit nicht nachzuvollziehenden Statistiken. Mit dem in diesem Jahr vollzogenen Börsengang von LANXESS, der Nachfolgegesellschaft mit Zuständigkeit für viele chemische Produktionen, wurde schon einer der Effekte der neuen Holding deutlich. Der Leverkusener Chemie-Multi nutzte die Trennung vom Chemie-Geschäft dazu, Schulden in Milliarden-Höhe bei LANXESS zu entsorgen, welche die Chemie-Firma mit Kosteneinsparungen durch Arbeitsplatzver-nichtung tilgt. BAYER hat richtig erkannt, dass die Börse soziale und ökologische Engagements honoriert und prahlt mit mit guten Platzierungen in den entsprechenden Indices. Es zahlt sich also aus, wenn der Multi Nachhaltigkeit besonders betont und werbewirksam über ihre angebliche Verwirklichung berichtet: Die tatsächliche Praxis überprüft ja niemand. Immerhin richtete das Unternehmen eigens ein Konzernvorstandsbüro speziell für die Planung der BAYER-Nachhaltigkeit ein. Wie sehr jedoch diese BAYER-Nachhaltigkeit gegenüber den Ursprungsideen pervertiert worden ist, zeigen die folgenden Beispiele:

1) Gesellschaftliches und soziales Engagement - eine der Säulen der Nachhaltigkeit - wird in diesem Nachhaltigkeitsbericht besonders betont. Und tatsächlich können einige Projekte und Projektchen in der Größenordnung von einigen Millionen Euro aufgeführt werden. Doch verblässen diese Renommierobjekte angesichts des ständigen Abbaus der Gesamtzahl der MitarbeiterInnen. Wenn die verwirrende Graphik-Darstellung nicht täuscht, wurden im Zeitraum von 1998 bis 2002 ca. 28.000 Arbeitsplät-

**Es zahlt sich also aus, wenn der Multi Nachhaltigkeit besonders betont und werbewirksam über ihre angebliche Verwirklichung berichtet: Die tatsächliche Praxis überprüft ja niemand**

ze weltweit abgebaut. Dies bedeutet für den Konzern eine Einsparung von Milliarden; speziell für die deutsche Gesellschaft ist es ein Beitrag zur Zerstörung der sozialen Marktwirtschaft, für die übrigen nationalen Gesellschaften an den BAYER-Standorten sind es deutliche soziale Einschnitte. Denn mit diesen 28.000 Arbeitsplätzen an den BAYER-Standorten sind wiederum sekundäre und

tertiäre Arbeitsplätze verknüpft, die parallel entfallen sind. BAYER hat damit auch einen Beitrag zur weltweiten Massenarbeitslosigkeit geleistet, und der Konzern ist dabei, diesen Prozess weiterzutreiben. Die Umstrukturierung des Global Player hat hauptsächlich diesen Zweck. Eine solche unsoziale Geschäftspolitik ist alles andere als nachhaltig. Wenn in Jahren mit Rekordgewinnen immer weiter an der Schraube des Job-Abbaus gedreht wird, dann ist dies nicht nur unnachhaltig, sondern abgrundtief unmoralisch.

2) Schutz der Biodiversität wird von BAYER auch in einigen Projekten betrieben, um das Aussterben bedrohter Tierarten zu verhindern. Selbstverständlich ehrenwert. Doch auch dieses Engagement verblasst angesichts des systematischen Angriffs auf die Artenvielfalt durch BAYER *Cropscience*. Vor allem der Einsatz von Pestiziden aller Art hat ganz besonders in Mitteleuropa dazu beigetragen, dass eine Todeszone der Artenvielfalt entstanden ist, in der viele Pflanzen, Insekten und andere Tiere auf den roten Listen gelandet sind, da sie entweder schon ausgestorben, vom Aussterben bedroht oder im Bestand gefährdet sind. Diese Geschäfts-



# Wer mitdenkt, abonniert ...



Mehrere 10 000 demonstrierten am 2. Oktober gegen »Hartz IV« in Berlin

**Beispiel Widerstand gegen Sozialklau.** Der Widerstand gegen die »Agenda 2010« auf der Straße und die Debatte um parlamentarische Alternativen werden kritisch solidarisch in der *jungen Welt* begleitet.

Die Tageszeitung

## junge Welt

Kleine Sprachlehre  
Zwischen Befreiung und Kapitalismus: Wie die Deutschen auf den 8. Mai 1945 zurückblickten. Ein Stück vom Werte und mehr im Sonderheft des 60. Jahrestages. Essay von Klaus Pätzold. Seiten 10/11  
www.jungewelt.de

<b>EU-Beitritt</b> In der Türkei geht es um Geopolitik, Öl und Wasser. Interview mit Europapolitiker Tobias Prüger	<b>Freiassung</b> ETA-Prozess gelöst: Nach fast drei Jahren wird Gabriele Kanke aus spanischer Haft entlassen	<b>Freihandel</b> ASEAN-Gaule stellt strategische Weichen für einen Wirtschaftsblock der Superlative	<b>Kanalssystem</b> Mullerchwe statt Zensur: Der unabhängige Internetdienst jupmoodle.net ist für den 1. Dezember
2	8	9	13

# ... die Zeitung für soziale Bewegung

Abonnieren unter: [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) oder anrufen 0 30/53 63 55-80

politik ist ökologisch unverantwortlich und darf auf keinen Fall als Beitrag zur Nachhaltigkeit angesehen werden.

3) „Verantwortungsvoller Umgang mit der Gentechnik“ ist eine dreiste Behauptung, da bei der sogenannten grünen Gentechnik, von BAYER „Pflanzenbiotechnologie“ genannt, prinzipiell weder eine ökologische noch eine ökonomische Sicherheit existiert. Pflanzenanbau mit transgenen Pflanzen und verstärktem Pestizide-Einsatz ist ökologisch nicht zu verantworten wegen der Beeinträchtigung von Böden, Grundwasser, Artenvielfalt und wegen der Weiterverbreitung gentechnisch veränderter Organismen. Zudem ist völlig ungeklärt, welche human- oder tiertoxikologischen Wirkungen die gentechnisch veränderten landwirtschaftlichen Produkte besitzen. Ökonomisch ungesichert ist der Anbau, weil die Gefahr einer Verunreinigung benachbarter Grundstücke mit gentechnisch veränderten Organismen nicht auszuschließen ist. Die daraus resultierenden ökonomischen Schäden sind in keinem Fall absehbar und können den Gentechnik anwendenden Landwirt ebenso treffen wie den konven-

tionell oder ökologisch arbeitenden in der Nachbarschaft. Besonders unverantwortlich war es, das Haftungsrisiko den Landwirten aufzubürden - ein Glanzstück des Lobbyismus. Die eigentlichen Verur-

**„Verantwortungsvoller Umgang mit der Gentechnik“ ist eine dreiste Behauptung, da bei der sogenannten grünen Gentechnik, von BAYER „Pflanzenbiotechnologie“ genannt, prinzipiell weder eine ökologische noch eine ökonomische Sicherheit existiert**

sacher der Schäden an den Schreibti-schen in Leverkusen und in den Labors von Monheim wurden so vom Gesetzgeber geschont. Die grüne Gentechnik bietet der Chemie-Industrie den Einstieg in die totale Beherrschung der Landwirtschaft. Nicht nur die benötigten Industriedünger und Pestizide, sondern auch das Saatgut sind nämlich im Gentech-Paket enthalten.

4) Die sogenannte ökologische Bilanz (Aufzählung der Emissionen in Luft und Wasser, Abfall, Energie) ist in diesem sonst als Anti-Nachhaltigkeitsbericht

verfassten Pamphlet das einzig Erfreuliche - aber auch nur auf den ersten Blick. Die deutliche Senkung von Belastungen der Umwelt ist nämlich nur eine Folge der Betriebsstilllegungen und Arbeitsplatz-Vernichtungen. Zudem zählt heutzutage nicht mehr die Produktion zum Hauptbelastungsfaktor für Mensch, Tier und Umwelt, diesen Rang haben die Produkte eingenommen. Dazu gehören nicht nur die schon erwähnten Pestizide, sondern auch Weichmacher, Tenside und ihre Vorstufen. Die Produktionslinien, die ausgehend von der Chlorproduktion über Phosgen immer noch an diesen höchstgefährlichen Zwischenprodukten festhalten, sind als ganz und gar nicht nachhaltig zu bezeichnen. Um die Nachhaltigkeit bei BAYER steht es also insgesamt betrachtet ziemlich schlecht. Nur mit großem journalistischem Aufwand auf der Basis Orwell-scher Verdrehungen und Ausblendungen ist ein Bericht entstanden, der sowohl die BAYER-Aktie als auch die BAYER-Aktionä-rInnen beflügeln soll. Nur der flüchtige Leser wird davon eingenommen, der kritische bemerkt dagegen schon bald die bloß dekorative Funktion des Nachhaltigkeitsbegriffs.

# Mit BAYER-Aktien gegen Konzernwillkür

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne: Umweltzerstörung, Verletzung von Menschenrechten, sozialer Kahlschlag, Ausbeutung, politischer Machtmißbrauch.

Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns. Treten Sie mit uns ein für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

**Informationen abfordern, jetzt!**  
CBGnetwork@aol.com



**Spenden.**  
**STICHWORT BAYER abonnieren.**  
**Mitglied werden.**

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf  
Fon 0211 - 33 39 11 Fax 0211 - 33 39 40

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Wegen unseres konsequenten Widerstands gegen KonzernMacht wird uns jede Förderung verweigert. Wir setzen gegen die Macht des Konzerns die Solidarität der Menschen. GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30 Euro im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten). Mein Beitrag soll betragen ..... Euro im Jahr  
Bitte abbuchen  monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich  jährlich
- Ja, ich spende ..... Euro
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Name, Vorname			
Straße, Nr.		PLZ, Ort	
Fon/Fax		Konto-Nr.	
Bankleitzahl		Geldinstitut	
Datum/Unterschrift		Beruf	Geburtsjahr
eMail			

Für Abo, Beitrag und/oder Spende nebenstehende Lastschrift ausfüllen.

Geld verdienen



Natur zerstören

### Science For A Better Profit



Dass die industrielle Landwirtschaft heute zu den größten Umwtkillern gehört, ist auch das Verdienst von Bayer CropScience. Wir liefern das Gift, das Monokulturen überhaupt erst möglich macht – aber Pflanzen und Tiere, Wasser und Boden schädigt. Egal: das Risiko tragen andere, wir machen den Gewinn.

Noch besser absahnen lässt sich mit genmanipuliertem Saatgut. Zum Beispiel mit dem neuen Gen-Reis von Bayer CropScience, den wir uns gerade patentieren lassen. Und dessen Erbgut exakt auf das Unkrautmittel „Liberty Link“ abgestimmt ist, das wir ebenfalls herstellen. Zugegeben, bei unserem Gen-Raps in Kanada hat die Methode schon zum Entstehen von Super-Unkräutern geführt. Das ist Pech für die Umwelt, aber gut für Bayer CropScience: Weil die Bauern sowohl das Saatgut als auch die Pestizide bei uns kaufen müssen, verdienen wir gleich doppelt.

The New Bayer: HealthCare MaterialScience CropScience

## Chemie-Opfer klagen an

# „Die sollten wissen, wie die Situation in diesem Lande ist!“

*Der Fall des Ehepaars Fischer ist typisch für PatientInnen mit Multipler Chemikalien-Unverträglichkeit (MCS). Ebenso sehr wie unter ihrer Krankheit leiden sie darunter, dass diese nicht als eine solche anerkannt wird. BAYER & Co. haben erfolgreich alles darangesetzt, Chemie als Auslöser schwerster Gesundheitsstörungen aus den Medizin-Büchern zu tilgen. Die Betroffenen gelten deshalb als eingebildete Kranke. „Alles psychisch“- lautet die Diagnose stets. Das Düsseldorfer Gesundheitsamt leitete gegen Ellen Fischer sogar ein Entmündigungsverfahren ein.*

Von Jan Pehrke

Im Sommer 1991 fiel Ellen Fischer plötzlich bewusstlos vom Fahrrad. Die mit ihrem Mann in der US-amerikanischen Kleinstadt Stuart lebende Frau kam sofort in ein Krankenhaus. Die ÄrztInnen versorgten die Deutsch-Amerikanerin, konnten sich ihren Zusammenbruch aber nicht erklären. Bald darauf zeigte ihr Körper weitere auffällige Reaktionen. Ellen Fischer erblindete kurzzeitig, bekam Schweißausbrüche und litt unter Schlaflosigkeit. Es begann eine Odyssee durch Praxen und Kliniken. Die Diagnosen entsprachen fast der Anzahl der konsultierten MedizinerInnen und reichten bis zu Darm- und Bauchspeicheldrüsen-Krebs. Erst nach einem Jahr fand ein Doktor die wahre Ursache ihrer Beschwerden heraus. Ein toxischer Schock hatte ihren Körper an dem Sommertag getroffen, ausgelöst durch Haushaltsinsektizide. Mit diesen war Ellen Fischer in Kontakt gekommen, weil die Verwaltung der Wohnanlage, in der sie mit ihrem Mann lebte, regelmäßig Kammerjäger in die Häuser schickte. Sie verspritzten

hauptsächlich das von DOW ELANCO hergestellte - und inzwischen verbotene - Organophosphat DURSBAN mit dem Wirkstoff Chlorpyrifos, der sich auch in den BAYER-Produkten RIDDER, BLATTANEX und PROFICID befindet. Später wiesen die ExpertInnen im Hausstaub noch weitere Stoffe nach wie Permethrin, enthalten in ADVANTIX, BAYERS Anti-Flohmittel für Hunde. Die Insekten-JägerInnen hatten

**„Wer nach einer Organophosphat-Vergiftung nicht innerhalb von zwei Wochen gestorben ist, bei dem ist nach der deutschen amtsmedizinischen Meinung alles psychosomatisch“, zitiert Siegfried Fischer den MCS-Experten Müller-Mohnssen**

nämlich eigene Gift-Mixe angerührt, um die potentiellen Plagegeister nicht an eine Substanz zu gewöhnen. Allerdings gewöhnte sich auch der menschliche Körper nicht an die Biozide. „Es gibt kein

gefahrloses Biozid“, erklärt der kurz nach seiner Frau ebenfalls an MCS erkrankte Siegfried Fischer, „Das sagt ja der Name schon: 'Bio' für Leben und 'zid' für Tod“.

Nach diesem Befund entschlossen sich die Fischers, in die Bundesrepublik zurückzukehren. Dort, wo BAYER-Forscher in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Pestizide entwickelt hatten, sollten doch auch die Behandlungsmethoden für die durch diese Substanzen hervorgerufenen Vergiftungserscheinungen am weitesten gediehen sein, dachte das Ehepaar - ein folgenreicher Irrtum. In BAYERS Homeland kann nicht sein, was nicht sein darf. Nicht die Chemie stimmt nicht, sondern der Mensch. „Wer nach einer Organophosphat-Vergiftung nicht innerhalb von zwei Wochen gestorben ist, bei dem ist nach der deutschen amtsmedizinischen Meinung alles psychosomatisch“, zitiert Siegfried Fischer den MCS-Experten Müller-Mohnssen. Mit diesem Verdikt müssen auch die Fischers leben. Einer wahren Menschenverfolgung sieht das Ehepaar sich ausgesetzt, „weil der Industrie das



Das Ehepaar Fischer



Wort 'Chemie' nicht passt". Nicht auf ärztliches Unvermögen, sondern eindeutig auf den Druck von BAYER & Co. führt er die Ignoranz der Krankheit gegenüber zurück. Nur einmal schien sich eine Kehrtwende anzudeuten. Die SPD veranstaltete 1998 kurz vor der Bundestagswahl ein Hearing zum Thema „MCS“ und versprach, die Krankheit offiziell anzuerkennen. Später wollte die Partei nichts mehr davon wissen. „Die hat uns zu 100 Prozent verraten“, empört sich der Mann.

Dabei hat Fischer zufolge der Anschlag in der U-Bahn von Tokio mit dem BAYER-Gift Sarin noch einmal eindeutig Aufschluss über MCS gegeben. Die unterschiedlichsten Reaktionsweisen zeigten sich. 12 Menschen starben sofort, einige konnten sich nicht mehr bewegen, bei nicht wenigen versagte das Sprachzentrum, andere wiederum blieben unverseht. Welche Symptome sich herausbildeten, hing von der Konstitution der Einzelnen ab, dass sie aber alle auf das Sarin als Auslöser zurückgingen und nicht etwa dem subjektiven Faktor geschuldet waren, darin waren sich die Fachleute einig.

Aber auf die Wissenschaft hierzulande machte das wenig Eindruck. „Wäre rechtzeitig, z. B. in der Universität Düsseldorf, die Vergiftungsfolge überhaupt mal erwogen worden, man hätte uns noch helfen können“, klagt Siegfried Fischer. Jetzt bemüht der Rentner sich nur noch darum, den Gesundheitszustand seiner Frau so gut es geht stabil zu halten. Aber selbst dabei helfen ihm die medizinischen Einrichtungen nicht. Ellen Fischer ist inzwischen ans Bett gefesselt und zeigt bei der

geringsten Dosis der in unserem Alltag allgegenwärtigen Chemie Besorgnis erregende Reaktionen. Deshalb ersuchte Fischer das Düsseldorfer Gesundheitsamt um Unterstützung bei der Isolation seiner Frau von der „chemischen Gesellschaft“, durch die Suche nach einer Wohnung ohne Gifte. Aber die Behörde scheute die Kosten. Sie war schnell mit der Diagnose „alles psychisch“ bei der Hand und leitete sogar ein Entmündigungsverfahren gegen Ellen Fischer ein, um das lästige Ehepaar loszuwerden. Siegfried Fischer zog vor das Amtsgericht und bekam Recht zugesprochen. „Bei dem Betroffenen bestehen schwere neuro-toxische Schäden sämtlicher Organsysteme nach Vergiftung durch Organophosphate. Dies folgt aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme, insbesondere aus dem Gutachten des Dr. Kiefer“, urteilten die Richter. Ein Verfahren vor den Sozialgerichten gegen die Krankenkasse läuft bereits seit drei Jahren. Sie weigert sich nämlich, Ellen Fischer in eine höhere Pflegestufe zu setzen und spielt auf Zeit. Und die Gerichte spielen mit. Seinen Glauben an die Unabhängigkeit der Justiz hat Siegfried Fischer längst verloren: „Die Richter müssen tun, was die Mächtigen sagen“. Das Ehepaar hätte das Land längst verlassen, wenn Ellen Fischer transportfähig wäre, sagt der Mann verbittert.

In den USA haben nämlich Justizwesen und staatliche Institutionen gegenüber dem Einfluss der Chemie-Lobby eine gewisse Autonomie bewahrt, wie ein dort anhängiges Verfahren zeigt. DOW ELANCO haben die Fischers allerdings nicht auf

die Anklagebank bekommen. Die Rechtsanwälte rieten ihnen von diesem Schritt ab. Das Unternehmen hätte sich sofort auf die Position zurückgezogen, nicht DURSCHAN an sich, sondern lediglich eine falsche Anwendung hätte zu der Vergiftung geführt und damit wahrscheinlich

**Einer wahren Menschenverfolgung sehen die Fischers sich ausgesetzt, „weil der Industrie das Wort 'Chemie' nicht passt“**

auch Erfolg gehabt, prophezeiten die JuristInnen. So hat das Ehepaar Fischer den Kammerjäger, bzw. die Versicherung seiner Berufsvereinigung, verklagt. Seit acht Jahren läuft der aufwändige Prozess schon. Mehrmals reisten US-AnwältInnen und ExpertInnen nach Düsseldorf, um sich vor Ort ein Bild von dem Gesundheitszustand Ellen Fischers zu machen. Zudem hörten die RichterInnen zahlreiche WissenschaftlerInnen an. Bislang bestätigten alle Fachleute den Zusammenhang zwischen der Insektizid-Ausbringung und der Erkrankung - „mit Ausnahme der Deutschen“, bemerkt Siegfried Fischer. In den Vereinigten Staaten haben nämlich staatliche Einrichtungen wie das sich für Benachteiligte einsetzende Wohnungsamt „U.S. Department of Housing and Urban Development“ und die Umweltbehörde EPA MCS offiziell anerkannt. In einem Memorandum der EPA heißt es: „Chlorpyrifos und andere Insektizide stehen nach Berichten in Zusammenhang mit chronischen Schädigungen bei Menschen wie periphere Neuropathie und chronischen, auf Nervenschädigungen zurückgehende Verhaltensstörungen (beides Nervenleiden, Anm. SWB) sowie einer Überempfindlichkeit gegenüber vormalig keinerlei negative Reaktionen hervorrufenden Chemikalien“. Diese amtliche Beglaubigung von MCS ließ rund 70 Prozent aller Klagen vor den Sozialgerichten zugunsten der Opfer ausgehen. Auch Siegfried Fischer äußert Zuversicht: „Ich hab keine Bedenken, dass nicht zu unseren Gunsten entschieden wird“. Aber für ihn und seine Frau dürften die Mühlen der Justiz zu langsam mahlen. „Für uns bringt das nichts mehr, aber für die Nachwelt, da sind ja so viele Menschen, die sollten wissen, wie die Situation in diesem Lande ist“, erklärt Fischer. Darum bezeichnet er es als sein Hauptanliegen, die Öffentlichkeit zu informieren. So könnte er vielleicht wenigstens anderen das Schicksal erspa-

## Impressum



STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern  
23. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm>  
<http://www.CBGnetwork.de>  
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag.

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 801653300  
BLZ 430 609 67

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005  
(1/1 S. sw 800,- €, zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

**Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen**

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

**Auszeichnungen:**

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

# Normalfall Störfall

## Addyston: 107 Unfälle im Jahr

*Mehrere hundert Unfälle in neun Jahren, drei Giftwolken innerhalb weniger Monate - dies ist die Störfall-Bilanz der LANXESS-Niederlassung in Addyston/Ohio. Regelmäßig verheimlichte die Betriebsleitung den Austritt krebserregender Stoffe. Der Umweltverband OHIO CITIZEN ACTION macht erfolgreich gegen die Vergiftung der umliegenden Gemeinden mobil: Bereits 11.000 Protestbriefe gingen im Werk ein.*

Von Philipp Mimkes

„Allein im letzten halben Jahr traten mindestens neun Mal giftige Chemikalien aus“, empört sich Ruth Breech von OHIO CITIZEN ACTION über Pleiten, Pech und Pannen beim dem in unmittelbarer Nachbarschaft einer Schule und eines Kindergarten gelegenen LANXESS-Werkes. Über 107 meldepflichtige Unfälle allein im vergangenen Jahr zählte der über 100.000 Mitglieder starke Umweltverband. Dreimal binnen vier Monaten traten große Mengen krebserregender Stoffe wie Budadien, Styrol und organischer Lösemittel aus. Im „Normalbetrieb“ stößt die Anlage Jahr für Jahr 700 Tonnen Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlenmonoxid und Feinstäube aus - eine verheerende Umweltbilanz für die seit der Abspaltung der BAYER-Chemiesparte unter LANXESS firmierende Niederlassung.

Die Proteste kulminierten, als das Unternehmen einräumen musste, dass bei einer Störung im vergangenen Herbst eine halbe Tonne Acrylnitril ausgetreten war. Obwohl zur selben Zeit in unmittelbarer Nähe ein Volksfest mit hunderten von Besuchern stattgefunden hatte, wurde die Öffentlichkeit erst Monate später informiert. Im Dezember traten erneut über 300 Kilogramm der krebserregenden, Nerven und Lunge angreifenden Chemikalie aus, eine großräumige Untersuchung der Gesundheit der Bevölkerung fand indes nicht statt. Breech verlangte von der Firma nach diesem GAU, die Kontamination der Umgebung sofort zu stoppen und jegliche Störung sofort bekannt zu geben.

Mitglieder des Verbands sandten rund 11.000 Briefe an das Unternehmen und forderten ein Ende der Verschmutzung von Luft und Wasser.

Die Umweltbehörde des zuständigen Bezirks Hamilton wies die Werksleitung an, bis zum 18. April einen Plan vorzulegen, wie weitere Austritte von Acrylnitril ausgeschlossen werden können. Im Falle weiterer Gift-Austritte drohte das Amt Strafen an. Auch Die US-Umweltbehörde EPA nahm eine Untersuchung des Werks vor. UmweltschützerInnen forderten den Rücktritt der Manager-Riege, da diese

### Über 107 meldepflichtige Unfälle allein im vergangenen Jahr zählte der Umweltverband OHIO CITIZEN ACTION

trotz gegenteiliger Versicherungen die Unfallserie nicht beendete. „In einem Gespräch Anfang Dezember räumte die Werksleitung ein, dass der Acrylnitril-Unfall im Oktober nicht hinnehmbar sei. Zwei Groß-Unfälle in den vergangenen Monaten zeigen jedoch, dass sich nichts zum Besseren gewandelt hat. Nun muss die Werksleitung ausgetauscht werden, genug ist genug“, so Ruth Breech weiter.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die seit den 80er Jahren einen Ausstieg aus der Chlorchemie fordert, hat Verbindung mit OHIO CITIZEN ACTION aufgenommen und dem Unmut vor Ort auf der BAYER-Hauptversammlung am 29. April Gehör verschafft.



Die IG FARBEN unterstützten die NSDAP massiv

# Die Hitler-Macher



Das „Todessturm“ des KZ Birkenau

*Eine große Geschichtsrevision greift um sich. Als via Sozialpolitik willig gemachte Helfer Hitlers begreift Götz Aly die ganze Bevölkerung, Guido Knopp und andere Fernseh-Historiker schreiben die ganze Macht des Nationalsozialismus den Verführungskünsten des Diktators zu und neuere Unternehmensgeschichten rechnen den Anteil der Industrie an der Machtergreifung klein. Stichwort BAYER hingegen demonstriert nochmal am Beispiel der von BAYER mitgegründeten IG FARBEN den Wahrheitsgehalt des Horkheimer-Satzes: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen“.*

*Von Dr. Janis Schmelzer (Historiker)*

Der Kurzschluss mit der Politik hatte bei der IG FARBEN eine lange Tradition. Im Mai 1934 berief sich der Konzern in seinem Firmenkalender auf den Zusammenschluss der deutschen Chemiewerke zur IG am 18. August 1916: „Auch hier waren es im stärksten Maße volkswirtschaftliche, vor allem kriegswirtschaftliche Erwä-

gungen, die zum Zusammenschluss führten. Die Front brauchte die deutsche Chemie nicht minder wie Stahl und Eisen“ (1). Neun Jahre nach dem endgültigen Zusammenschluss zur IG FARBEN AG vom 2. Dezember 1925 kann die Formulierung „auch hier“ nicht nur allein auf den Gründungsakt im 1. Weltkrieg bezogen ausge-

legt werden. Immerhin galt während des Zweiten Weltkrieges das interne Motto des Kriegsverbrecherkonzerns: „Was an Rüstung des Soldaten nicht Eisen ist, ist Chemie - auch der Uniformrock.“ (2) Nach Auffassung der IG FARBEN hat Deutschland den Ersten Weltkrieg nur deshalb verloren, weil das wilhelminische

Kaiserreich „die Bedeutung wehrwirtschaftlicher Arbeiten vor dem Kriege“ unterschätzt habe und korrigierende Maßnahmen erst während des 1. Weltkrieges „im Drange der Ereignisse improvisiert werden mussten“ (3). Das durfte sich nicht wiederholen. Die seit der Gründung der IG FARBEN 1925 mit den verbliebenen Generälen bestehende Zusammenarbeit war bis 1934 so weit gediehen, dass für den Tag X alles parat stand. Es fehlte nur noch eine politische Kraft, die gemeinsam mit den Militärs für die Realisierung der Kriegsziele des Konzerns garantieren konnte. Die Großkonzerne suchten nach dem „starken Mann“, der in der Weimarer Republik unter den konservativen Parteien auszuwählen war. Der Vorsitzende der BAYER AG, Carl Duisberg, hatte 1931 eine Vision: „Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, dass er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muss diesem Mann unbedingt Folge geleistet werden.“ (4) Im September 1933, nach der Machtübergabe an Hitler bekannte sich Duisberg zu seiner Rede von 1931: „Meine auf der ersten großen Tagung des Reichsverbandes

des unter meinem Vorsitz dargelegte Meinung hat sich heute noch nicht geändert: Das Wichtigste für die Industrie ist ein starker Staat, eine machtvolle und energische Regierung.“(5) Offiziell konnte Duisberg die neue deutsche Regierung „unter dem Führer Adolf Hitler“ mit einem dreifachen

**Seit spätestens 1930 hatte Duisberg im Namen der IG FARBEN und als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie finanziell zu den Wahl-Erfolgen der NSDAP beigetragen**

chen „Sieg Heil“ bereits am 15. Juli 1933 aus Anlass der Einweihung des Schwimmbades in Leverkusen hochleben lassen. Die ersten Beziehungen zwischen der NSDAP und den IG FARBEN liegen viel weiter zurück. Seit spätestens 1930 hatte Duisberg im Namen der IG FARBEN und als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie finanziell zu den Wahl-Erfolgen der NSDAP beigetragen. Der Polizeipräsident von Berlin informierte am 5. Januar 1932 den Minister des Innern, dass „in früheren Zeiten, auch noch vor der letzten Reichstagswahl“ die NSDAP Gelder erhalten habe. Genannt wurden seinerzeit Graf Helldorf, Geheimrat Duisberg und Dr. Keil (6). Später nahm

die „Bosch-Fraktion“ maßgeblichere Kontakte zur NSDAP auf. Die direkten Kontakte zur NSDAP liefen über die „Zweite Reihe“ der IG-Führungselite, Gattineau, Ilgner, Bütefisch und Dr. Schieber.

1930 gründete Max Ilgner die Zentralfinanzverwaltung der IG FARBEN (Zefi) in Berlin, die den offiziellen Kontakt zu den Behörden und Parteien aufzunehmen hatte. Zur gleichen Zeit stieß Duisbergs Privatsekretär Heinrich Gattineau, ein Studienfreund von Rudolf Heß, zum Büro Ilgner und unterstützte diesen bei der Pflege der Verbindungen zur NSDAP, die er seit 1923 hatte. Für den zur gleichen Zeit bestehenden Kalle-Kreis, dem „Kränzchen“ der IG FARBEN, schuf Gattineau den Kontakt zum wirtschaftspolitischen Pressedienst der NSDAP. Hitlers Wirtschaftsexperte für Kontakte zu Wirtschaftskreisen, der NS-Journalist Walter Funk, erhielt auf Anfrage seitdem monatliche finanzielle Unterstützung durch das neu geschaffene Büro Gattineau (7). Vor dem Sturz Brünnings setzte sich das „Kränzchen“ mit Funk in Verbindung, um auszuloten, ob die NSDAP die Geldwährung in Ordnung bringen könne, wenn sie am Regierungssteuer säße. In der ersten Hälfte des Jahres 1932 fanden zwei Zusammenkünfte mit Funk statt, eine davon in der IG-FARBEN-Zentrale Unter



Geldanlage mit Erfolg und Wirkung

# Kein Geld für Konzerne und Banken.



**UMWELT FONDS**

**LEBEN STATT PROFIT**

Schweidnitzer Straße 41 Fon 0211- 26 11 210  
Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220  
40081 Düsseldorf

Ja,  
ich will  
Geld zielorientiert  
anlegen:

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Fon, Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Alter \_\_\_\_\_



den Linden. Einmal arrangierte Funk für Geheimrat Hermann Schmitz, Ilgners Onkel, eine Begegnung mit Hitler. Zur gleichen Zeit sind aus dem zentralen Fonds der IG Gelder an die NSDAP gegangen. Gattineau erklärte gegenüber Ilgner, er wisse, dass der Kalle-Kreis Spenden von 20.000 bis 30.000 Reichsmark an die NSDAP übergeben habe. Im Winter 1933/34 zeigte sich die IG-FARBEN-Zentrale mit ihrer Spende für die SA in Höhe von 200.000 RM großzügiger. Die Spitze erreichte die IG FARBEN mit ihrer „Wahlspende“ vom 20. Februar. Sie belief sich auf 400.000 RM - der größte Einzelbeitrag eines deutschen Konzerns für die vereinigte Rechte von NSDAP, DNVP und DVP. Göring hatte über 20 Repräsentanten aus der Wirtschaft und Hochfinanz in seine Wohnung eingeladen, darunter befanden sich allein vier Herren der IG FARBEN, u.a. Carl Bosch und Georg von Schnitzler. Die weiteren, inhaltlich anders gelagerten Kontakte zur NSDAP im Jahre 1931 konzentrierten sich auf die Medienkampagne zur Herstellung synthetischen Benzins. Um den Angriffen der Nazi-Presse, vor allem im *Völkischen Beobachter*, entgegenwirken zu können, veranstaltete die IG FARBEN seit Oktober 1931 offene Führungen in Leuna (7b). Einladungen gingen an alle Parteien des Reichstages außer an die KPD sowie an JournalistInnen. Der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP, Otto Wagener, erklärte nach einem IG-Imbiß, dass das Benzin-Projekt völlig mit den Zielen des Nationalsozialismus übereinstimme. Nachdem es erneut zu NS-Presseangriffen kam, entschloß sich Carl Bosch, direkt an Hitler heranzutreten. Gat-

teineau, der über einen direkten Draht zur NSDAP-Führung verfügte, hatte über Haushofer ein Treffen der IG FARBEN mit Hitler für das Frühjahr 1932 arrangiert. Tatsächlich fand es aber erst im Juni 1932 statt. Gattineau, Bütefisch, Heß und Hitler trafen sich in München. Hitler versprach, die Angriffe auf das Hydrierungsprojekt in der NS-Presse zu stoppen und die Importzölle auf Erdöl aufrechtzuerhalten, wenn er an der Regierung sei. Die Herstellung synthetischen Benzins für die Motorisierung Deutschlands und den Bau von Autobahnen begrüße er (8). Bosch, der Organisator des Hitler-Treffens, betrachtete das Ergebnis des Treffens als Erfolg. Doch ihm ging es um mehr. Als Kernpunkt bezeichnete er die Haltung der deutschen Wehrmacht zum Benzin-Projekt. Der stellvertretende Vorsitzende der IG-eigenen Länderbank, Geheimrat Lederer, kannte den Leiter des Heereswaffenamtes, Exzellenz Bockelberg, der wie der Finanzminister besonders auf die Vorbereitung zu einem neuen Krieges hinwies. Daraufhin kam es zur Besichtigung der Leuna-Werke unter Leitung Ilgners, an der Bütefisch, Schmitz und Bockelberg teilnahmen. In den abschließenden Verhandlungen zwischen dem Heereswaffenamt und der IG in der ersten Hälfte des Jahres

#### **Die Spitze erreichte die IG FARBEN mit ihrer „Wahlspende“ vom 20. Februar.**

**Sie belief sich auf 400.000 RM - der größte Einzelbeitrag eines deutschen Konzerns für die vereinigte Rechte von NSDAP, DNVP und DVP**

1932 - bereits vor dem Treffen vom 25. Juni mit Hitler - ging es um die Garantie für die Weiterführung der kriegswirtschaftlichen Konzeption des Chemiekonzerns. Die IG FARBEN hatte bereits 300-400 Millionen RM an Forschungs- und Entwicklungskosten für Leuna investiert. Die IG FARBEN konnte nunmehr auf die beiden Säulen, die Wehrmacht und die NSDAP setzen. Zum im August 1931 gegründeten „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag“ (MWT) gehörte neben dem „Stahlhof“ in Düsseldorf auch der spätere Vizepräsident Max Ilgner. Dieser Kern der großkapitalistischen Macht erwies sich als industrielle Schaltstelle zur Förderung des Hitler-Regimes. Als Gegenleistung erhofften sie sich unter anderem die Erfüllung des Duisberg-Traumes von einem „geschlossenen Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia“ (9), um die

südosteuropäischen Rohstoffquellen erschließen zu können. Die konkreten Summen, welche die IG FARBEN-Zentrale zur Unterstützung der NSDAP aufbrachte, konnten im Nürnberger IG-Prozess nicht festgestellt werden, ebensowenig die von einzelnen Sparten der IG FARBEN zur Verfügung gestellten Gelder.

Bislang unbekannt ist die Tatsache, dass die IG FARBEN bereits Anfang 1932 Kontakte zu Mussolini, seiner faschistischen Partei und den italienischen faschistischen Gewerkschaften hatte und dass IG-FARBEN-Dokumente zum „Kampf um die Rückeroberung der Kolonien“ seit April 1932 vorliegen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhielt von dem IG FARBEN-Spendenbüro im Auftrag von Duisberg seit 1925 beachtliche Geldbeträge (10).

Zusammenfassend lässt sich sagen:

- Die Führungseliten, die späteren Wehrwirtschaftsführer der IG FARBEN, haben lange vor Hitlers Machtübernahme eine Diktatur gewünscht, die ohne Rücksicht auf die Volksmassen „handeln“ konnte.
- Sie strebten eine Beherrschung der Industrie, und wenn möglich auch über die Grenzen Europas hinaus an.
- Noch bevor die Macht an Hitler übertragen wurde, hatte die IG FARBEN Abmachungen für eine Regierungsunterstützung zur Ausdehnung ihrer Anlagen für synthetisches Benzin abgeschlossen.
- Die IG FARBEN arbeitete aufs Engste mit den militärischen Führern zusammen und nahm an der Planung für den Aufbau einer gigantischen deutschen Armee und Luftwaffe teil.
- Als Vorkämpfer für die unbegrenzte Wiederaufrüstung Deutschlands stellte sich die IG FARBEN mit ihrem gesamten Gewicht hinter Göring.
- Carl Krauch war führender Mann der gesamten chemischen Industrie Deutschlands und arbeitete bei der Umsetzung des Vierjahres-Plans der IG FARBEN eng mit Göring zusammen.
- Die Leiter der IG FARBEN wussten infolge ihrer strategischen Position auf dem Gebiet von Gummi, Benzin und Giftgas, dass die Wiederaufrüstung bei weitem jeden vorstellbaren Verteidigungszweck überstieg.
- Die Beratungen der IG FARBEN mit den militärischen und politischen Führern überstiegen das Gebiet der technischen Angelegenheiten, waren äußerst aggressiv und in jeder Beziehung auf den Krieg gerichtet.

In diesem Zusammenhang hielt die US-Anklage folgendes Dokument fest, das in die Geschichte als „Krauch-Memorandum“ einging:

„Es ist unerlässlich für Deutschland, sein eigenes Kriegspotential, ebenso wie das seiner Verbündeten, so zu stärken, dass dieser Zusammenschluss praktisch den Kräften der übrigen Welt gleichkommt. Dies kann jedoch nur durch neue, starke und gemeinsame Anstrengungen aller Bundesgenossen erreicht werden, indem das Wirtschaftsgebiet zunächst friedlich auf den Balkan und auf Spanien ausgedehnt wird, entsprechend den verbesserten Rohstoffverhältnissen unserer Bundesgenossen. Wenn diesen Überlegungen nicht mit größter Eile Taten folgen, werden alle Blutopfer des nächsten Krieges umsonst sein und es wird uns das bittere Ende nicht erspart bleiben, das wir uns selbst durch unsern Mangel an Voraussicht und Ziellosigkeit beschert haben. (11)“

Dieser Krauch-Bericht an Göring vom April 1938 gilt als offizielles Dokument der Anklage des US-Militär-Tribunals zum Anklagepunkt I, Verschwörung zur Planung und Durchführung von Angriffskriegen. In diesem Zusammenhang sei daran

erinnert, dass Duisbergs Annexions-Pläne aus dem 1. Weltkrieg nach 1933 wieder aktuell wurden. Während der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen hatte die IG 3 Millionen Reichsmark für die Errichtung von Siedlungsgesellschaften im Bal-

**IG-Chef Carl Krauch: „Es ist unerlässlich für Deutschland, sein eigenes Kriegspotential, ebenso wie das seiner Verbündeten, so zu stärken, dass dieser Zusammenschluss praktisch den Kräften der übrigen Welt gleichkommt“**

tikum zur Verfügung gestellt. Duisbergs Idee „Die Annexion unmittelbar an das Reich grenzender Gebiete schon unter dem Gesichtspunkt der Nahrungsmittelversorgung in einem zukünftigen Krieg“ sicherzustellen, wurde nach dem Diktatfrieden von Brest-Litowks nicht aufgegeben. Im Juli 1918 beteiligte sich Duisberg an der Gründung des „Osteuropa-Syndikats“ mit dem Ziel, eine dauernde Beherrschung Deutschlands über Rußland, die Ukraine und den Kaukasus zu erlangen. Die IG-FARBEN-Konzeption vom Großraum im Osten war eine Vorwegnahme der Hitlerschen Russland-Politik (12).

- (1) Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen  
 (2) Zit. nach Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S.238, in: Günther Luxbacher, Roh- und Werkstoffe für die Autarkie, Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Berlin 2004, S.5.  
 (3) Vermittlungsstelle Wehrmacht, 11.02.1936, Betriebsarchiv Elektrochem. Kombinat Bitterfeld S. 1087.  
 (4) Carl Duisberg, Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1932-1933, Berlin 1933, S. 135.  
 (5) Carl Duisberg, Meine Lebenserinnerungen, Leipzig 1933, S.138.  
 (6) Martin Seckendorf, Fundstücke, Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, 29.05.04, www.berliner-gesellschaft.org.  
 (7) Eidesstattliche Erklärung Dr.Heinrich Gattineau, Document NO. NI-4833 Office of Chief of Council for War Crimes, in: Der Auschwitz-Prozess, Hrsg. Fritz Bauer Institut Frankfurt/Main und Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau  
 (7b) Anfang 1932 hatte der VB zum Benzin-Projekt wohlwollend berichtet, doch dann erneuerte er seine Einwurfe. Es wurden Zweifel geäußert, ob das Projekt und die Unterstützung durch die Regierung gerechtfertigt sei. Es handle sich doch um eine Firma, die unter dem Einfluss ausbeuterischer „internationaler Finanzherren“ stehe. Vor 1933 waren diese Auffassungen in der NSDAP verbreitet, später duldete die Parteiführung sie nicht mehr.  
 (8) Henry Ashby Turner, Jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Siedler, Berlin 1985, S.302 ff.  
 (9) Carl Duisberg, Abhandlungen...a.a.O., S.173  
 (10) vgl. Janis Schmelzer, Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Heft 10, IG-Farben stoßen nach Afrika, Bitterfeld-Wolfen, 1965; Heft 13. Die Herren Generale, Wolfen 1966; Heft 16. Die braune Box, Wolfen 1967  
 (11) Nuremberg Trials. War Crimes and International Law, Ergänztes Sonderausgabe, Übersetzung aus dem Englischen von Ruth Kempner, Zürich 1951, S. 92  
 (12) Thomas Portz, Großindustrie, Kriegszielbewegung und OHL, Siegfrieden und Kanzlersturz. Carl Duisberg und die deutsche Außenpolitik, Lauf a.d.Pegnitz, 2000, S.280f

## DAS FEMINISTISCHE BLATT

Forum für außerparlamentarische Frauenpositionen

# WIR FRAUEN

ist 24 Jahre jung, hat 300 Jahre Berufserfahrung in 20 Berufen, sechs Kinder, z.T. erwachsen, spricht fünf Sprachen, ist einsatzfreudig und hoch motiviert, gut aussehend, wortgewandt, unabhängig und konsequent.

**Peggy Parnass:**

»Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant, informativ und ungewöhnlich ist.«



**Jutta Heinrich:** »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbareren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«

### Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- **Alter: Von der Greisin zu 50+** (Dez. '04)
- **60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus** (März '05)
- **Konsum** (Juni '05)
- **Arbeit** (September '05)

WIR FRAUEN e.V.

Verein zur Förderung von Frauenpublizistik  
 Rochusstr. 43 · 40479 Düsseldorf  
 wirfrauen@reviera.de

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 15 €\*
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €\*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

\* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird. Preis incl. Porto.

## IG FARBEN, Geldhäuser &amp; die NSDAP

## Eine Bank für Hitler

*Ein Schlüsselrolle im Verhältnis der IG FARBEN und anderer Konzerne zur NSDAP kam der Kölner Bankiersfamilie von Schnitzler mit ihren vielfältigen Verbindungen zu. Der zu ihrem Clan gehörende Kurt Freiherr von Schröder war es, der Hitler in den Düsseldorfer Industrie-Club lud und ihn dort die Allianz von Faschismus und Kapitalismus besiegeln ließ.*

Von Axel Köhler-Schnura

In welchem Umfang hat BAYER die Nazis und Hitler finanziert? Inwieweit haben die IG FARBEN - der Zusammenschluß von BAYER, HOECHST und BASF zum damals größten Wirtschaftsimperium der Welt - die Nazidiktatur finanziell und politisch in den Sattel gehoben? Welchen Anteil hatte BAYER-Chef Carl Duisberg daran? - Die Antworten auf diese Fragen sind noch heute nicht völlig klar. Die betroffenen Konzerne halten die Dokumente in ihren Archiven unter Verschluss, klare Auskünfte werden verweigert, entsprechende Feststellungen werden als „Beleidigung“, „Diffamierung“, „haltlos“ etc. zurückgewiesen.

Doch es gibt einen Zeugen der Anklage: Karl-Eduard von Schnitzler. Er ist Spross einer Bankiersfamilie aus Köln und mit drei Hauptakteuren verwandt, die seinerzeit das Scharnier zwischen dem zur Macht strebenden Hitler und der fest im Sattel der Macht sitzenden IG FARBEN bzw. BAYER/Leverkusen bildeten. Es handelt sich um:

- Richard von Schnitzler, Onkel von Karl Eduard von Schnitzler, I.H.STEIN-BANK/Köln, Aufsichtsratsmitglied der IG FARBEN;
- Georg von Schnitzler, Vetter von Karl Eduard von Schnitzler, Mitglied des Vorstands der IG FARBEN;
- Kurt Freiherr von Schröder, ein weiterer Vetter von Karl Eduard von Schnitzler, Direktor der I.H.STEIN-BANK/Köln, Schwiegersohn von Richard von Schnitzler.

Im Zentrum des verhängnisvollen Geschehens steht die Familienbank I.H. STEIN. Über diese Bank schreibt Kurt Gossweiler in seinem Buch „Sturz ins Dritte Reich“:

„Das Bankhaus I.H.STEIN war bereits 1921 ... mit den beiden tragenden Säulen des deutschen Imperialismus, der Ruhrschwerindustrie und der chemischen Industrie, aufs Engste verbunden.“ Direktor der Bank war der oben erwähnte Kurt Freiherr von Schröder, der Schwiegersohn des ebenfalls erkannten Richard von

**„Die allgemeinen Bestrebungen der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen“**

Schnitzler. Die Bank war nicht nur eine der Hausbanken von BAYER und der IG FARBEN, sondern saß bei dieser auch im Aufsichtsrat. Vertreten durch Heinrich von Stein und Richard von Schnitzler, Schröders Schwiegervater.

Direktor Kurt Freiherr von Schröder, Direktor der Hausbank von BAYER und der IG FARBEN, war auch der „Erfinder“ der Idee, für jede Tonne geförderter Ruhrkohle fünf Reichspfennige an die faschistische Harzburger Front zu zahlen. Damit wurde noch lange vor den üblichen direkten Industriespenden an die NSDAP Hitler direkt finanziert, denn der stärkste Partner der Harzburger Front war Hitlers NSDAP.

Es war aber auch eben dieser Direktor Schröder, der höchstpersönlich das alles entscheidende Treffen zwischen Hitler und der deutschen Industrie organisierte. Er machte es möglich, dass Hitler seine faschistischen Großmachtpläne einem handverlesenen Kreis von Generaldirektoren deutscher Banken und Konzerne im Düsseldorfer Industrieclub vortragen durfte. Bekanntlich kam es nach dieser Rede vor den Industriellen zu stehenden Ovatio-

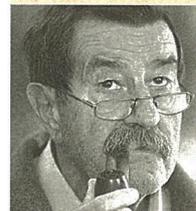
nen. Die offizielle Einladung von Adolf Hitler in den Industrieclub sprach übrigens Jost Henkel vom Düsseldorfer HENKEL-Konzern aus. Auch hier sind die Bande zur IG FARBEN unübersehbar.

Und schließlich war es eben jener Schröder, in dessen Haus in Köln am 4. Januar 1933 das Treffen zwischen Hitler und dem Reichskanzler Papen stattfand, dessen Ergebnis die Machtübergabe an Hitler war. Schröder selbst sagte unter Eid vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal aus: „Bevor ich den Schritt (zu diesem Treffen, d. Verf.) unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde.“

Nun, „den starken Führer“ verlangte BAYER-Boss Carl Duisberg mit genau diesen Worten damals bereits seit langem. Und so schließt sich der Kreis: Die Drahtzieher im Hintergrund, die Hitler bereits sehr frühzeitig finanzierten und die dem Faschisten den Durchbruch zur Macht verschafften, waren Carl Duisberg und seine IG FARBEN. So erklärt sich auch das unüberschaubare Meer faschistischer Traditionsfahnen und Nazi-Uniformen zu Carl Duisbergs Beerdigung.

### Promis gegen Profit

Nun, ich behaupte, dass unsere frei gewählten Abgeordneten nicht mehr frei sind in ihren Entschlüssen. Dabei



ist nicht der übliche Fraktionszwang, für den es Gründe geben mag, entscheidend; vielmehr ist es der Ring von

Lobbyisten aus vielerlei Interessen, der den Bundestag und dessen demokratisch legitimierte Abgeordnete einengt, beeinflusst, unter Druck setzt und sich bis in die Gestaltung und Texte der Gesetze Mitsprache erzwungen hat. So macht sich der Gesetzgeber zum Gespött. So missträt das Parlament zur Filiale der Börse.

Günther Grass, Schriftsteller

# Erklärung der CBG von 1995

wurde von mehreren Tausend Personen und Organisationen aus dem In- und Ausland unterzeichnet anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz.

Im Jahr 1948 standen die Verantwortlichen der IG FARBEN in Nürnberg vor einem internationalen Gericht. Die Anklagepunkte lauteten u.a.: Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung des Angriffskriegs Nazi-Deutschlands, Sklaverei sowie Raub und Plünderung.

## Verantwortung für Krieg

Die IG FARBEN, der Zusammenschluss von AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einiger kleinerer deutscher Chemiefirmen, steht wie kaum ein anderer Konzern für die enge Verflechtung zwischen der deutschen Wirtschaft und dem nationalsozialistischen Terror-Regime. Die IG FARBEN profitierte von der Politik der NSDAP wie die Nazis von der Unterstützung der IG FARBEN profitierten. Die IG FARBEN war der größte Einzel-Finanzier der NSDAP; baute maßgeblich Hitler auf, befürwortete ausdrücklich dessen Kriegspläne und schaffte mit ihren Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG FARBEN legte seine Interessen z. B. in einem Papier mit dem Titel „Neuordnung“ nieder. Dort plante die IG FARBEN die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialistischen Heerscharen.

Die IG FARBEN mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindungen in aller Welt, auch in den USA, verdiente auf beiden Seiten der (West-) Front. Sowohl die Nazi-Bomber als auch die Maschinen der West-Alliierten flogen mit IG FARBEN-Sprit. Die IG FARBEN verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten und zivilen Kriegsoffizieren, an der „Industrialisierung“ des Völkermords in den KZs, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und „Feindbevölkerung“

sowie an der Einverleibung aller nur irgend geeigneter „eroberten“ Betriebe.

## Perverse Verbrechen

In ihrer Profitgier hat die IG FARBEN perverse Verbrechen und Massentötungen begangen. Der Konzern perfektionierte das von IG FARBEN-Gründer Carl Duisberg bereits im Ersten Weltkrieg „erfundene“ System der Zwangsarbeit. In allen Werken des Konzerns wurden Abertausende von Arbeitsklavinnen bis zum Tod geknechtet. Mit dem Terror-Instrument der SS wurde jeder Widerstand unterdrückt. Für geringste Beträge von der SS „gekaufte“ Häftlinge wurden von den IG FARBEN-Wissenschaftlern in grausamen „medizinischen“ und anderen Versuchen bei vollem Bewusstsein zu Tode gequält. Der KZ-Arzt Mengele, der in berühmten Versuchen Häftlinge zu Tode brachte, wurde direkt von der IG FARBEN finanziert. Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma wurde mit dem IG FARBEN-Giftgas Zyklon B „perfektioniert“. Im IG FARBEN-eigenen KZ Auschwitz III Monowitz (IG Monowitz) und seinen Nebenlagern fanden ca. 30 Tausend Häftlinge den Tod durch brutalste Ausbeutung.

## Milde Strafen

Das Urteil für die Kriegsverbrecher der IG FARBEN vom 29. Juli 1948 entsprach in keinsten Weise den Verbrechen: nach 152 Verhandlungstagen gab es nur Minimalstrafen für einige Angeklagte von bis zu acht Jahren Haft. Das Urteil stand im Zeichen des bereits ausgebrochenen Kalten Krieges. Die westlichen Alliierten hatten beschlossen, die alten Eliten zu rehabilitieren, um ein wirtschaftlich starkes Westdeutschland als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ aufbauen zu können. Die weiteren geplanten Prozesse, die unter

anderem gegen SIEMENS, KRUPP, DRESDNER BANK und DEUTSCHE BANK hätten geführt werden sollen, fanden gar nicht mehr statt. Bereits am 31. Januar 1951 wurden die noch in Haft befindlichen Manager und Direktoren der IG FARBEN begnadigt. Alle Konzern-Führer fanden sich in Westdeutschland in Top-Positionen wieder, viele bei den Nachfolgefirmen der IG FARBEN, bei BAYER, HOECHST und BASF. Selbst mit dem Bundesverdienstkreuz wurden IG FARBEN-Verbrecher ausgezeichnet.

## Weder Reue noch Einsicht

Die IG FARBEN müssten nach dem Urteil von 1948 seit spätestens 1953 aufgelöst sein. Aber die „Mordgesellschaft“ existiert noch immer! (1) Seit nunmehr fast 50 Jahren zieht sie noch immer Profite aus ihren in Reichsmark notierten Aktien. Gleichzeitig verweigert sie - und mit ihr die anderen Nachfolge-Konzerne BASF, BAYER und HOECHST - gerechte und angemessene Wiedergutmachung für die Opfer und Angehörigen der Opfer ihrer Terror-Tätigkeit in der Zeit des Hitler-Faschismus. Sie setzen darauf, dass bald niemand mehr lebt, der/die Ansprüche stellen könnte.

## Und heute?

Jede der IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST ist heute um ein Vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG FARBEN seinerzeit. Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal dazu beigetragen, die Welt innerhalb eines Jahrhunderts in Schutt und Asche zu legen. Die IG FARBEN hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung. Nie wieder!

(1) Die IG FARBEN in Auflösung steckt mittlerweile nach Erklärung ihrer Zahlungsunfähigkeit in einem Insolvenzverfahren

## Feindaufklärung mit LANXESS

Nicht erst seit dem 11. September 2001 boomt der Sicherheitsmarkt. Jetzt will auch die BAYER-Abspaltung LANXESS davon profitieren. Das Chemie-Unternehmen, hat einen vielseitig verwendbaren Markierungsstoff entwickelt. Großflächig aufgetragen und per Hubschrauber abgescannt, zeichnen sich darin Fußspuren und andere verdächtige Bewegungen ab. Der *Wirtschaftswoche* fielen dafür schon viele Verwendungsmöglichkeiten ein. Die Substanz könnte die Schienen bei Castor-Transporten vor unliebsamen Säge-Attacken schützen, Industrie-Spione von Autotest-Strecken fernhalten und Gotteskrieger das Sprengen von Pipelines oder anderen strategischen Zielen erschweren. Es dürfte Otto Schily schon schwer in den Fingern jucken, die halbe Republik mit dem LANXESS-Schleier zu überziehen.

## CBG bei der Arbeit

### Stand beim Kirchentag

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN war beim Evangelischen Kirchentag in Hannover prominent vertreten. Gemeinsam mit kritischen



ChristInnen, entweder unabhängig oder von der SOLIDARISCHEN KIRCHE (SOKI), betrieb sie einen Info-Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Im Mittelpunkt standen die Themen „Kinderarbeit“ und „Genfood“, zu denen die CBG schon seit längerem arbeitet. CBG-Vorstandsmitglied Uwe Friedrich & Co. beantworteten Fragen, diskutierten mit den BesucherInnen, verteilten Info-Material und sammelten Unterschriften gegen den Durchmarsch von BAYER & Co. Die Koordinationsarbeit stieß auf reges Interesse, was wiederum für einen Motivationsschub sorgte.

# An alle AbonnentInnen

## Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntheit.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich ..... Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für ..... € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

# STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination  
gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 150418,  
40081 Düsseldorf  
Fax 0211 - 333940  
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_ Kontonummer: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ Alter: \_\_\_\_\_

Coupon!